

AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.



SOLIDARITÄT, TERROR UND PROTEST.
Antisemitismus in West-Berlin 1959-1969

MITGLIEDERRUNDBRIEF 91 · AUGUST 2024

INHALT

- 2 Editorial**
Christoph Kreuzmüller
- 3 Solidarität, Terror und Protest.
Antisemitismus in West-Berlin 1959-1969**
Gerd Kühling
- 15 Das kurze Leben der Tana Mamlok.
Ein exemplarischer Exkurs über unbegleitete verfolgte jüdische Kinder in Berlin mit Bezug zur
in unserer Online-Ausstellung vorgestellten „Zwangsräume“-Adresse Alte Schönhauser Straße 4**
Jutta Faehndrich
- 19 Joachim Simon und Kurt Hannemann.
Spuren zweier aus Berlin stammender jüdischer Widerstandskämpfer**
Tanja von Fransecky
- 22 „Verlassen Sie demonstrativ den Saal“. Der 30. Jahrestag des 20. Juli 1944 in Berlin
Interview mit Holger Hübner zu Hans Filbinger**
Petra Behrens / Gerd Kühling
- 27 „So hat Walter Trier sein Leben lang das Lächeln unter die Menschen gestreut.“
Laudatio anlässlich der Enthüllung einer Berliner Gedenktafel am 1. Juli 2024 in der
Herwarthstraße 10 in Lichterfelde**
Antje Maria Warthorst
- 31 Publikationen des Aktiven Museums**
- 32 Impressum**

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde des Aktiven Museums,

Am Tag vor der diesjährigen Europawahl, deren Ergebnisse uns alle weniger überrascht als schockiert haben, saß ich auf dem Boden des Parkplatzes neben dem Martin Gropius Bau. Dort hatte unser Vereinsmitglied Stella Flatten einen Workshop unter dem mehrdeutigen Titel „Was graben wir durch unsere Bewegungen aus?“ organisiert, der im Rahmen der „Radical Playgrounds“ der Berliner Festspiele bewusst auch an die symbolische Grabung vor fast vierzig Jahren auf der anderen Seite des Martin Gropius Baus anknüpfte. Außerdem rückte der Workshop das an diesem Ort vormals stehende Königliche Museum für Völkerkunde als einen Ort kolonialer Repression ins Bewusstsein.

Zum vorliegenden Heft: meinem Kollegen Gerd Kühling bin ich sehr dankbar, dass er sich, auch motiviert durch die bedrückenden gegenwärtigen Geschehnisse, in einer historischen Rückschau mit antisemitischen Vorfällen in West-Berlin in den 1960er-Jahren befasst hat.

Jutta Faehndrich vertieft einen Aspekt unserer Online-Ausstellung „Zwangsräume“. Wie sie haben auch viele andere sich an uns gewandt: in all den betroffenen Häusern harren so viele Schicksale und Geschichten noch einer Aufarbeitung und Erforschung. Aber genau das wollten wir ja mit dem Projekt anstoßen. Damit die eigene Biografie eine tragische Wendung nahm, musste man allerdings nicht in einer Zwangswohnung einquartiert sein: Tanja von Fransecky hat zwei aus Berlin stammende jüdische Widerstandskämpfer in den Blick genommen und erzählt uns deren Leben und Nachleben.

Der 20. Juli bietet alljährlich Anlass, sich mit Formen und Ausprägungen von Gedenken und Erinnern zu befassen: Petra Behrens und Gerd Kühling haben Holger Hübner interviewt, der vor fünfzig Jahren dagegen protestiert hat, dass ausgerechnet Hans Filbinger die Gedenkrede zu diesem Anlass im Reichstag halten sollte.

Schließlich dokumentieren wir die Laudatio von Antje Maria Warthorst anlässlich der Enthüllung einer



Unser Praktikant Daniel Hamburg, die Leiterin der Koordinierungsstelle Historische Stadtmarkierungen Nora Hogrefe und Karim Khan von „Berlin gegen Nazis“ (v.l.) am 1. Juli 2024 vor der frisch enthüllten Berliner Gedenktafel für Walter Trier

Berliner Gedenktafel für Walter Trier in Lichterfelde. Bei selbiger Gelegenheit wurde in Form eines Grußwortes und eines gemeinsamen Fotos, das dieses Editorial illustriert, das Aktive Museum formal als neuer Partner der Mobilisierungsplattform „Berlin gegen Nazis“ willkommen geheißen. Wir freuen uns, dabei zu sein!

Schon jetzt möchte ich auf ein paar Termine in der zweiten Jahreshälfte hinweisen: irgendwann im Herbst steigt unser nächster Salon, am 15. Oktober präsentieren wir unseren Sammelband zum „Zwangsräume“-Projekt im Dokumentationszentrum Topographie des Terrors und am Mittwoch, den 12. November, findet unsere diesjährige Mitgliederversammlung statt. Einladungen folgen dann noch gesondert.

Ganz herzlich grüßt einstweilen

Christoph Kreuztmüller
Vorsitzender

SOLIDARITÄT, TERROR UND PROTEST

Antisemitismus in West-Berlin 1959-1969

Graffitis mit antisemitischen Slogans, Davidsterne an Wohnhäusern, Bedrohungen und Körperverletzungen, Anschläge auf Friedhöfe und Synagogen: antisemitische Angriffe gehören seit Jahrzehnten zur erschütternden Realität in Deutschland. Seit dem Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober 2023 und dem folgenden Gaza-Krieg häufen sich die Vorfälle und rücken wieder stärker in den Fokus der Öffentlichkeit. Von Seiten der Politik gibt es zwar die Versicherung, Antisemitismus habe keinen Platz in unserem Land – größere Proteste, die sich explizit gegen die antijüdische Gewalt quasi vor der eigenen Haustür richten, erfolgten bisher jedoch eher selten. In der bundesrepublikanischen Geschichte des Hasses gegen Jüdinnen und Juden ist dies kein Einzelfall. Allerdings hat es – mit unterschiedlicher Ausprägung – auch wiederholt Zeichen der Solidarität gegeben. Als zur Jahreswende 1959/60 die sogenannte „Hakenkreuzschmierwelle“ die Bundesrepublik und West-Berlin erschütterte, versammelten sich Zehntausende zu Protestdemonstrationen. Zehn Jahre später, nachdem im Juli 1969 auf die Gedenkstätte Plötzensee der bis dahin schwerste extrem rechte Anschlag verübt wurde, ging dagegen niemand auf die Straße. Ebenso wenig erfolgten Proteste, als im November 1969 ein Brandbomben-Anschlag einer linksradikalen Gruppe auf das Jüdische Gemeindehaus in Berlin-Charlottenburg nur knapp scheiterte.

Dieser Beitrag möchte den Zeitraum von 1959 bis 1969 genauer beleuchten. Was geschah nach der Schmierwelle in West-Berlin? Wo gab es Protest und wo blieb er aus? Welche Orte standen im Fokus von Gewalt? Wer übte Solidarität? Insbesondere der Anschlag auf das Jüdische Gemeindehaus war mittlerweile Thema verschiedener Abhandlungen, und sogar Radiofeatures nahmen sich des Ereignisses an.¹ Ein Blick auf antisemitische Angriffe in den Monaten davor erfolgte jedoch

kaum. Dieser Aufsatz zeigt erstmals Verbindungen und Kontinuitäten zwischen verschiedenen Anschlägen und verdeutlicht, dass gerade West-Berlin nicht nur ein vielbeschworenes „Zentrum der Revolte“ der Neuen Linken, sondern gleichzeitig Ort zahlreicher neonazistischer Aktivitäten war.

„Schmierwellen“ in den 1960er-Jahren

Am Weihnachtsabend 1959 beschmierten junge Rechtsextremisten in Köln die jüngst wiedererrichtete Synagoge mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen. Es war der Auftakt zu einer Welle hunderter antisemitischer Anschläge in der ganzen Bundesrepublik, aber auch der Beginn von Protest und Solidarität. Bereits kurz nachdem die Vorfälle in Köln bekannt geworden waren, brachten Berliner*innen Blumensträuße zum Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus auf dem Steinplatz in Charlottenburg, das damals eines der wenigen Denkmäler für NS-Opfer im Westteil der Stadt war. Als Anfang Januar 1960 die ersten Parolen und Hakenkreuze in Berlin registriert wurden, organisierten Jugendliche zum Schutz vor Angriffen eine Mahnwache am Mahnmal. Die Verbände des Landesjugendringes riefen schließlich für den 8. Januar 1960 zu einem Protestmarsch auf. An der Demonstration beteiligten sich 40.000 Menschen. Nach der Abschlusskundgebung am Steinplatz folgten nochmals Tausende dem Aufruf des Holocaust-Überlebenden Adolf Burg und zogen zum nahe gelegenen Jüdischen Gemeindehaus in der Fasanenstraße. Solidarität mit der Gemeinde zeigten zehn Tage später auch 3.000 Studierende und Schüler*innen, als sie am 18. Januar 1960 zur Kundgebung am Steinplatz zusammenkamen.² Den Abschluss eines regelrechten Protestmonates bildete eine Veranstaltung am 30. Januar 1960, dem Jahrestag der sogenannten „Machtergreifung“ in der Gedenkstätte Plötzensee. Annähernd Tausend Berliner*innen zogen vom Rathaus Wedding zum Gedenkort am Strafgefängnis im Norden Berlins, wo in der NS-Zeit mehr als 2.800 Menschen ermordet worden waren. Mit Transparenten unter der Losung „Gegen Antisemitismus“ oder „Keine Nazis in den Hörsälen“ setzten sie ein wichtiges Zeichen gegen Antisemitismus und Neonazismus.



Protestmarsch gegen Antisemitismus zur Gedenkstätte Plötzensee, 30. Januar 1960

Die „Hakenkreuzschmierwelle“ von 1959/60 hatte eine neue Entwicklung offenbart: Eine jüngere Generation von Neonazis trat in Aktion. Sie waren nach dem Ende des „Dritten Reiches“ aufgewachsen und strebten nun nach Taten. Trotz einiger Verhaftungen und dem Verbot einzelner Organisationen blieben viele von ihnen dem extrem rechten Milieu verbunden. Weiterhin gab es Anschläge auf Denkmäler und Angriffe auf Personen. Eine der frühen Attacken galt im August 1963 dem Jüdischen Gemeindehaus in Berlin-Charlottenburg, dessen Türen von Unbekannten mit mehreren Nazi-Plakaten beklebt wurden. Heinz Galinski, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, sah diese Vorgänge mit großem Ernst. Zum 25. Jahrestag der Novemberpogrome warnte er vor neuen Neonazi-Aktivitäten und brandmarkte die Versuche der Verfälschung des Geschichtsbildes durch die rechtsradikale Presse. Galinski nahm in diesen Tagen auch an der Enthüllung eines Denkmals teil, das am ehemaligen

Standort der Schöneberger Synagoge eingeweiht wurde. Nur wenige Kilometer davon entfernt erfolgte an der Steglitzer Schlossstraße bereits eine Wiedereinweihung: Das Denkmal für die NS-Opfer nahe der Matthäus-Kirche war erst im Oktober 1963 mit Ölfarbe beschmiert und vom Sockel gerissen worden. Bei der Feier mahnte Werner A. Zehden, der Vorsitzende des Berliner „Bundes der Verfolgten des Naziregimes“ (BVN), die Schändung dürfe keinesfalls als „Bagatelle oder Dummjungenstreich“ abgetan werden.

Im Jahr 1965 kam es in der Bundesrepublik und West-Berlin zu einer neuen „Schmierwelle“. Einen Anstieg antisemitischer Vorfälle verzeichneten die Behörden zunächst rund um die Bundestagsdebatte zur Verjährung von NS-Verbrechen im März und nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel zwei Monate später. Nachdem im Juni 1965 in Bamberg der jüdische Friedhof großflächig mit Hakenkreuzen und Nazi-Parolen geschändet worden war, stiegen die Zahlen massiv an. Bamberg leitete eine „Kettenreaktion ähnlicher Vorkommnisse“ in der gesamten Bundesrepublik ein, hielt der Verfassungsschutzbericht des Jahres 1965 fest. Auch West-Berlin erlebte eine außergewöhnliche Häufung von antisemitischen und neonazistischen Anschlägen, Bedrohungen und sogar vereinzelt tätlichen Angriffen auf Holocaust-Überlebende. Parolen mit Israel-Bezug waren ebenfalls zu finden. So wurde ein Fabrikgebäude in Tempelhof mit der Schmähung versehen: „Der Judenstern marschiert mit festem, dreistem Schritt“ und „Wiedergutmachung mit D-Mark für Herrn Eschkols Judenland.“ Folgt man den Verlautbarungen aus Bezirksämtern, so kam es zu den meisten Anschlägen im Bezirk Charlottenburg.

Es spricht vieles dafür, dass sich die oftmals jungen Täter durch das gesellschaftlich Klima Mitte der 1960er-Jahre zu ihren Aktionen ermutigt fühlten. In der westdeutschen Mehrheitsbevölkerung war zu dieser Zeit der Wunsch nach einem Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit groß, die Entschädigung von NS-Opfern und die Ahndung von NS-Verbrechen fanden immer weniger Zustimmung. Die antisemitischen Vorfälle von 1965 erreichten zwar nicht den Umfang



Heinz Galinski bei der Einweihung des Denkmals zur Erinnerung an die Synagoge in der Münchener Straße, 8. November 1963

der ersten Welle fünf Jahre zuvor. Dennoch war das Ausbleiben größerer zivilgesellschaftlicher Proteste erklärungsbedürftig. Neben einem Desinteresse der Politik schien eine Gewöhnung an Hakenkreuze im öffentlichen Raum stattgefunden zu haben. Die zunehmende Gleichgültigkeit zeigte sich auch darin, dass die Warnungen und Hinweise der Betroffenen nicht ernst genommen wurden.

Im Juli 1966 wurde eine erschreckende Entsolidarisierung mit den Überlebenden des Holocaust deutlich, nachdem ein Brandanschlag auf das Büro der Jüdischen Gemeinde in der Joachimsthaler Straße in Charlottenburg verübt worden war. Ein anonymer Anrufer eines selbsternannten „ostdeutschen Widerstandskreises“ bekannte sich zu der Tat mit den Worten: „Wir haben nichts gegen Juden, sind aber gegen Heimatverräter.“ Der Anschlag wurde von der Politik einhellig verurteilt, die Verbände des Landesjugendringes distanzieren

sich in einer gemeinsamen Erklärung. Der Senat rief die Bevölkerung auf, bei der Ermittlung der Täter*innen mitzuwirken. Die Empörung war groß – die Solidarität auf der Straße war es nicht. In einem Interview wenige Wochen später lobte Heinz Galinski zwar die Bemühungen der Polizei. Ernüchtert hielt der Gemeindevorsitzende jedoch fest: „Leider fehlt es aber an der von der Presse kritisierten aktiven Mithilfe der Bevölkerung bei der Aufklärung derartiger verantwortungsloser Taten.“ Es sollte nicht der letzte Anschlag bleiben, der unaufgeklärt blieb. Den kurz darauffolgenden Einzug der NPD in die Landesparlamente von Hessen und Bayern veranlasste Werner A. Zehden zu einem dringenden Appell. Der BVN-Vorsitzende forderte, alle Parteien sollten sich „endlich ernsthaft mit dem sehr aktiven Rechtsradikalismus“ auseinandersetzen.

Bereits im November 1965 hatte der BVN mit einer Podiumsdiskussion auf die Gefahr für die Demokratie



Brandspuren am Eingang zum Büro der Jüdischen Gemeinde nach dem Anschlag in der Joachimsthaler Straße, 9. Juli 1966

durch rechtsextreme Publikationen verwiesen, allen voran die „Deutsche National- und Soldatenzeitung“, die eindeutig antisemitische Tendenzen aufwies. Auf einige „haarsträubende Beispiele“ ihres neonazistischen Vokabulars verwies auf der Veranstaltung der Historiker und Publizist Joseph Wulf. Überdies machte er auf mehrere neonazistische Jugend- und Studentenzeitungen aufmerksam, die jüngst in Erscheinung getreten waren. Das Eintreten von Wulf gegen extrem rechte Akteure fand prompt eine Antwort, als er 1966/67 in West-Berlin ein „Internationales Dokumentationszentrum zur Erforschung des Nationalsozialismus und seiner Folgerscheinungen“ einzurichten versuchte. Als Standort sollte die Villa dienen, in der am 20. Januar 1942 die sogenannte „Wannsee-Konferenz“ stattgefunden hatte. Die Nationalzeitung hetzte von Beginn an gegen das

Vorhaben und fuhr schwere Angriffe gegen Wulf, der kurz darauf sogar Morddrohungen erhielt.³

Die Nationalzeitung griff in ihrer Kampagne verstärkt die Stimmen auf, die das Vorhaben aus vermeintlicher Sorge um das Wohl der Neuköllner Schulkinder ablehnten, denn in der Villa befand sich damals noch das Schullandheim des Bezirks Neukölln. Nach Beginn des Sechs-Tage-Krieges im Mai 1967, in dessen Verlauf das Blatt mehrfach Stellung gegen Israel bezog, verschärfte sich der Ton. Das Vorhaben wurde rundweg abgelehnt und stattdessen die deutsche Opferrolle hervorgehoben. Das Blatt führte mit Bezug auf Wulf zu seinem Vorhaben an: „Er sprach es nicht aus, aber wir dürfen gewiss sein: Die polnischen, die tschechischen, die jugoslawischen, die russischen, die amerikanischen und die von Sonstigen an Deutschen begangenen Verbrechen bleiben unbearbeitet; ebenso wie die der Israelis an den Arabern.“ Angesichts der vorherigen Verlautbarungen der Zeitung konnten die Attacken kaum überraschen. Umso frappierender war allerdings, dass Teile der linken Studentenschaft schon bald ebenfalls Stellung gegen Israel bezogen.

Noch während der Debatte um den Standort des Dokumentationszentrums kam es in West-Berlin zu weiteren antisemitischen Vorfällen: Im Herbst 1967 wurde das Mahnmal des BVN auf dem Steinplatz so schwer beschädigt, dass die Bronze-Buchstaben der Widmungen durch Tafeln ersetzt werden mussten. Kurz darauf wurden jüdische Gäste eines Hotels am Kurfürstendamm von einem Schlägertrupp der NPD bedroht und bedrängt, als sie gegen ein Treffen der Partei protestierten. Nicht zuletzt angesichts solcher Ereignisse kamen selbst aus dem Kreis ehemals NS-Verfolgter Einwände gegen den Standort am Wannsee auf, denn sie befürchteten bei der Aufgabe des Schullandheims eine Zunahme des Antisemitismus in der Bevölkerung und ein Erstarken der NPD. Joseph Wulf wollte diese kapitulierende Begründung nicht akzeptieren. Mit seiner Idee konnte er sich dennoch nicht durchsetzen. Der Senat wollte das Schullandheim erhalten und das Dokumentationszentrum stattdessen in der Nähe der Freien Universität verwirklichen.



Kranzniederlegung von ausländischen Delegationen des Vietnam-Kongresses am Mahnmal auf dem Steinplatz, 18. Februar 1968

Das Haus der Wannsee-Konferenz verschwand 1967/68 wieder aus dem Blick der Öffentlichkeit. Im Fokus von Gewalt und Solidarität blieben das Jüdische Gemeindehaus und das Mahnmal auf dem Steinplatz. Der Problematik von Rechtsradikalismus und Antisemitismus sowie der Hetze der National- und Soldatenzeitung war sich der Senat zwar durchaus bewusst. Den verunsicherten Verfolgtenverbänden bekräftigte der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz jedoch: „Es ist meine feste Überzeugung, die deutsche Demokratie ist stark genug, um mit dem Radikalismus und Extremismus von wo auch immer fertig zu werden.“ Damit bezog sich Schütz auf die jüngsten Ereignisse in der Stadt. Der Vietnamkrieg hatte auch in West-Berlin heftige Proteste hervorgerufen, und nach dem Tod von Benno Ohnesorg bei einer Demonstration gegen den Schahbesuch am 2. Juni 1967 hatte es gewaltsame Unruhen gegeben.

Demonstrationen

Der Regierende Bürgermeister äußerte seine Überzeugung während der Gedenkstunde anlässlich des Jahrestages der Novemberpogrome, die im Jüdischen Gemeindehaus in der Fasanenstraße stattfand. Ausgerichtet wurde sie von der Arbeitsgemeinschaft der NS-Verfolgtenverbände, der die vom Senat anerkannten Organisationen der Überlebenden angehörten. Im Kampf gegen die extreme Rechte vertraten sie ähnliche Ansichten, wie etwa die Forderung nach einem Verbot der NPD und der Nationalzeitung. Auf anderen Gebieten gab es unterschiedliche Auffassungen. Deutlich wurde dies nach dem vom „Sozialistischen Deutschen Studentenbund“ (SDS) organisierten Vietnam-Kongress, der im Februar 1968 an der Technischen Universität stattfand. Die geplante Abschluss-Demonstration

hatte der Senat zunächst verboten, doch das Verwaltungsgericht hob das Verbot kurzfristig auf. Bevor der Protestzug startete, legten ausländische Delegationen am Mahnmal für die NS-Opfer auf dem Steinplatz Kränze nieder. Auf den Schleifen lautete es in mehreren Sprachen: „Den Opfern des Faschismus der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.“ An der folgenden Demonstration nahmen rund 12.000 Menschen teil. Es war ein Wald von roten Fahnen, Vietkong-Flaggen sowie Bildern von Lenin, Che Guevara, Ho Chi Minh, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Im antikomunistischen West-Berlin war dies die maximale Infragestellung des politischen Systems.

Die ausländischen Teilnehmer*innen des Kongresses setzten auf dem Steinplatz ein kleines Zeichen der Solidarität – der Fokus der Demonstration lag freilich woanders. Der BVN, der das Mahnmal 1953 aus Steinen der zerstörten Synagoge Fasanenstraße errichtet hatte, äußerte nach der Kranzniederlegung daher seinen Unmut, sah er doch „antidemokratische Kräfte“ am Werk. Natürlich habe jeder unter normalen Umständen das Recht, die NS-Opfer zu ehren und Kränze an dem Mahnmal niederzulegen, erklärte der Verband. Es sei aber „eine Ironie, wenn ausgerechnet in Verbindung mit einer ganz einseitigen Demonstration, die nicht den Kampf gegen den Nationalsozialismus oder Neofaschismus auf ihr Panier geschrieben hat, Kränze zur Tarnung ihrer wirklichen Absichten niedergelegt werden.“ Die Stellungnahme blieb nicht unwidersprochen. Adolf Burg vom Konkurrenzverband „Bund der politisch, rassistisch, religiös Verfolgten“ hielt den Protest des BVN für „unangebracht“. Er erklärte, die Jugendlichen hätten aus eigenem Antrieb gehandelt und könnten offensichtlich Recht von Unrecht unterschieden, daher sei man stolz auf sie.

Auch an diesen Auseinandersetzungen zeigte sich, dass in West-Berlin 1968 eine aufgeheizte Stimmung herrschte. Teile der Außerparlamentarischen Opposition (APO) radikalisierten sich, die Polizei agierte hart, und aus der Bevölkerung gab es teils heftige Übergriffe auf tatsächliche und vermeintliche SDS-Angehörige. Auch die Wurzeln des Rechtsterrorismus waren bereits zu

erkennen. Es erfolgten Brandanschläge auf linke Lokale, und im April kam es zum Attentat auf Rudi Dutschke, den prägenden Akteur der Studentenbewegung. Der junge Täter war durch rechtsextreme Publikationen angespornt worden.⁴

Die NPD trug durch gesteigerte Aktivität und diverse Auftritte ihren Teil zur Situation bei. Im Mai 1968 verwüsteten NPD-Anhänger das SDS-Zentrum am Kurfürstendamm. Anlässlich des Jahrestages des Mauerbaus kündigte die Partei einen Schweigemarsch durch das Stadtzentrum an, der vom Innensenator genehmigt wurde. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) protestierte. Die IG Metall rief ihre Mitglieder dazu auf, sich dem Zug entgegenzustellen. Einige junge Gewerkschaftler*innen kontaktierten zudem Freund*innen von der APO. Am 13. August 1968 stellten sich circa 200 entschlossene Gegendemonstrant*innen den zum Teil mit Hieb- und Stichwaffen ausgerüsteten NPD-Angehörigen entgegen. Es folgten gewaltsame Auseinandersetzungen, der Aufmarsch löste sich auf, die geplante Abschlusskundgebung am Nollendorfplatz fand nicht mehr statt. Von der Gedächtniskirche an war aus dem NPD-Marsch ein „Anti-Nazi-Protestzug“ geworden, an dem mehr als tausend Menschen teilnahmen.⁵

Bis zur Bundestagswahl im September 1969, bei der die NPD den Einzug ins Parlament nur knapp verfehlte, kam es in der Stadt noch zu weiteren Aktionen gegen die Partei, die allerdings längst nicht so gewaltvoll verliefen. Zudem begann im Sommer 1968 eine eigene Sektion der überparteilichen Bürgerinitiative „Demokratische Aktion“, die ursprünglich in München gegen die NPD ins Leben gerufen worden war, in West-Berlin ihre Tätigkeit. Großes Engagement kam dabei von den Verbänden der Überlebenden.⁶ Weniger auf der Straße, sondern vielmehr von der Politik forderten sie ein konsequentes Eintreten gegen extrem rechte Umtriebe. Bekräftigt wurde dies auf einer internationalen Tagung von NS-Verfolgtenorganisationen, die im Februar 1969 in West-Berlin stattfand. Bei der Abschlussveranstaltung im Jüdischen Gemeindehaus, an welcher der Gesandte des Staates Israel Avner Idan teilnahm, wurde scharf gegen die NPD und die Nationalzeitung Stellung bezo-



Protest gegen den NPD-Aufmarsch an der Umlandstraße/Ecke Kurfürstendamm, 13. August 1968

gen. Das Blatt druckte darauf ein Foto von der Tagung ab, das Werner A. Zehden, den als „Zionistenführer“ bezeichneten Heinz Galinski, Avner Idan, Ernst Lemmer und Bürgermeister Klaus Schütz zeigte. Darunter lautete es: „Während der Weltkommunismus im Begriff ist, das freie Berlin abzuwürgen, proklamieren obige Personen unerbittlich den Kampf gegen Deutschlands Nationale.“ Es war nicht das letzte Mal, dass gegen Galinski agitiert wurde, und auch das Gemeindehaus rückte bald wieder in den Fokus.

Anschläge auf Gedenkorte

Die Hetze der extremen Rechten erreichte im Sommer 1969 einen vorläufigen Höhepunkt – und antisemitische Anschläge erlangten ein bis dahin ungekanntes Ausmaß: In der Nacht zum 20. Juli 1969 – nur wenige Stunden nach der Feier zum Jahrestag des 20. Juli 1944 – wurde die Gedenkstätte Plötzensee geschändet. Die unbekanntenen Täter*innen malten zahlreiche zum Teil

meterhohe Hakenkreuze an Wände und auf den Boden. Sie verstreuten Erbsen, gossen Schmieröl aus und verriegelten den Zugang zur Gedenkstätte. Rund um das Gebäude pinselten sie einen 40 Meter langen Schriftzug: „Und ich gab weiter den Befehl, die Geschwüre unserer inneren Brunnenvergiftung und der Vergiftung des Auslandes auszubrennen bis auf das rohe Fleisch.“ Die Worte stammten aus einer Rede Adolf Hitlers nach dem „Röhm-Putsch“ vom Juli 1934. Mit der Bezugnahme auf die erste große Mordaktion der SS und dem bloßen Umfang des Anschlags wollten die Täter*innen ein Zeichen setzen. Im ehemaligen Hinrichtungsraum wurde zudem ein großes Hakenkreuz geschmiert und rechts daneben die antisemitische Parole „GALINSKIS RAUS!“ In den Tagen danach tauchten an weiteren Orten der Stadt Vernichtungs- und Vertreibungsphantasien sowie Nazi-Symbole auf. Im Fußgängertunnel zur Siegestsäule prangten Hakenkreuze, im Strandbad Wannsee stand unter anderem die Forderung „Raus mit der jüdischen Pest“.⁷



Der mit dem Hitler-Zitat beschmierte ehemalige Hinrichtungsschuppen in der Gedenkstätte Plötzensee. Im Inneren sind weitere Drohungen erkennbar, 20. Juli 1969

Politik und zivilgesellschaftliche Organisationen verurteilten die Anschläge aufs Schärfste. Die Gewerkschaft IG Metall warnte in ihrer Zeitung „Berliner, wacht auf! Die Nazis sind da!“, und der DGB setzte eine Belohnung von 2.000 DM zur Ergreifung der Täter*innen aus. Selbst Bundespräsident Gustav Heinemann, der am 20. Juli noch in Plötzensee gesprochen hatte, meldete sich zu Wort. Auch die Abendnachrichten des SFB berichteten. Die Öffentlichkeit war informiert – größere Solidaritätsaktionen oder Demonstrationen blieben allerdings aus. Fast schon hilflos liest sich das Protest-Telegramm, das die Arbeitsgemeinschaft der Verfolgtenverbände nach dem Anschlag an Klaus Schütz sandte: Mit tiefer Abscheu habe sie von der Schändung der Gedenkstätte Plötzensee erfahren, nachdem „in unserer Stadt schon wiederholt antisemitische Brandstiftungen und Schmierereien vorgekommen“ seien, laute es darin. Die Nationalzeitung nutzte unterdessen die Gelegenheit, um mit vorgetäuschter Empö-

rung erneut gegen Heinz Galinski auszuholen. Über den „Schurkenstreich in Westberlin“ schrieb sie, das Mahnmal für die hingerichteten Widerstandskämpfer sei „mit dem Namen Galinski und mit Hakenkreuzen beschmutzt“ worden. Unterdessen forderte der BVN den Senat auf, die Gedenkorte in der Stadt besser vor Anschlägen zu schützen – wie bitter notwendig dies sein sollte, zeigte sich einige Monate später.

Wenige Wochen nach dem Plötzensee-Anschlag erschütterte eine weitere Aktion von Neonazis die Arbeitsgemeinschaft der NS-Verfolgten, Heinz Galinski nannte es sogar den „bisher eklatantesten Vorfall“ an einer Berliner Schule seit 1945. Zwei Oberschüler – einer von ihnen war der Neffe eines verurteilten Höheren SS- und Polizeiführers – verteilten an der Paul-Natorp-Schule in Berlin-Friedenau nazistische Flugblätter, bedrohten Mitschüler*innen und fielen mit antisemitischen Äußerungen auf. Als Gegenpol zur

APO gründeten sie mit Anderen einen „Aktionsverband Nationaler Jugend“, verfassten ein NSDAP-ähnliches Parteiprogramm und erstellten eine Exekutionsliste. Die Personen darauf sollten hingerichtet werden, wenn der Aktionsverband an die Macht käme.

In der Öffentlichkeit wurden die Vorfälle nur bekannt, weil sich ihre Klassenkamerad*innen an die Presse wandten. Sie distanzierten sich von den beiden Neonazis und baten bei einem Treffen mit Heinz Galinski an der Gedenkfeier im Jüdischen Gemeindehaus zum Jahrestag der Novemberpogrome teilnehmen zu dürfen. Den weiteren gemeinsamen Unterricht mit den beiden angehenden Abiturienten lehnten sie ab und traten in einen Schulstreik. Die Schulleitung und der Senat für Schulwesen waren weniger konsequent: Sie vereinbarten für die beiden Täter Einzelunterricht, damit sie das Abitur noch abschließen konnten.⁸ Die milde „Bestrafung“ wurde von den NS-Verfolgtenorganisationen heftig kritisiert. Vergeblich. Der Vorfall zeigte Solidarität von Wenigen – und er verdeutlichte einmal mehr die lange Tradition des hilflos-zögerlichen Umganges mit Nazi-Flugblättern an westdeutschen Schulen. Nur einer der beiden Schüler bestand übrigens sein Abitur. Er begann ein Studium an der Freien Universität Berlin und wurde Mitglied im extrem rechten „Bund Heimattreuer Jugend“.

Die Bombe im Gemeindehaus

Neben den Aktionen der extremen Rechten kam es in den 1960er-Jahren zu einer weiteren bedrohlichen Entwicklung für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland. Nach dem Sechstagekrieg von 1967 hatte sich in der Studentenbewegung die vormals überwiegend positive Stimmung gegenüber Israel geändert. Innerhalb weniger Jahre schlug die einstige Solidarität mit dem jüdischen Staat bei nicht wenigen Akteur*innen in ausgeprägten Antizionismus um. Anfang September 1969 sorgte in West-Berlin eine entsprechende Demonstration für Aufmerksamkeit, als etwa 1.000 Menschen über den Kurfürstendamm zur Technischen Universität zogen. Auf ihren Transparenten standen Parolen wie „Für ein revolutionäres Palästina“, „Zerschlagt den

Zionismus“ oder „Al Fatah bis zum Sieg“. Anlass des Aufzuges war der Besuch des israelischen Botschafters Asher Ben-Natan in West-Berlin. Erst wenige Wochen zuvor hatte an der Universität in Frankfurt am Main eine Veranstaltung mit ihm wegen massiver Proteste von Studierenden abgebrochen werden müssen, womit ein Wendepunkt von allgemeiner Israel-Kritik hin zu antisemitischer Agitation erreicht war. Nicht wenige Holocaust-Überlebende verunsicherte diese Situation zutiefst. Bis in die 1960er-Jahre war der Israel-bezogene Antisemitismus quasi ein „Alleinstellungsmerkmal“ der extremen Rechten gewesen – nun verbreitete sich derartige „Israelkritik“ auch in anderen Teilen der Bevölkerung.⁹



Werner A. Zehden während der Gedenkfeier auf dem Steinplatz am 9. November 1969. Am Mahnmal hinter ihm sind noch Umrisse der Worte „Napalm“ und „El Fatah“ erkennbar.

In den Morgenstunden des 9. November 1969 bemerkte eine Polizeistreife am Steinplatz Schmierereien am Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus. Unbekannte hatten den Gedenkstein in schwarzer und in grüner Farbe – den Nationalfarben Palästinas – mit den Worten „Shalom“ und „El Fatah“ und „Napalm“



Kranzniederlegung an der Gedenkmauer des Jüdischen Gemeindehauses mit Angehörigen der Paul-Natorp-Schule und dem Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz, 9. November 1969

veranstaltet. Stunden später wurden an den eingangs erwähnten Denkmälern in Steglitz und Schöneberg ähnliche Schriftzüge festgestellt. Das Mahnmahl in Charlottenburg wurde schnell gereinigt, stand doch am Mittag eine Gedenkstunde des BVN zum Jahrestag der Novemberpogrome an. Als sich die Mitglieder um zwölf Uhr auf dem Steinplatz versammelten, waren von den Schriftzügen kaum mehr als ein paar Schatten erkennbar. Kurz zuvor hatte der BVN-Geschäftsführer Max Köhler an der Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft der Verfolgtenverbände im Jüdischen Gemeindehaus teilgenommen. Als Vertreter des Senates sprach dort der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz. Heinz Galinski konnte zudem Schüler*innen der Paul-Natorp-Schule begrüßen. Schon zu diesem Zeitpunkt dürften die meisten der Anwesenden über die nächtlichen Attacken

informiert gewesen sein. Dass sie gerade selber nur knapp einem Anschlag entgingen, ahnte niemand. Nicht weit von ihnen entfernt war eine Bombe deponiert, die allerdings nicht explodierte.

Erst einen Tag später entdeckten Reinigungskräfte im Gemeindehaus die versteckte Bombe, deren Zünder versagt hatte. Die alarmierte Polizei brachte sie zum Sprengplatz in den Grunewald. Dort wurde sie am Tag darauf entschärft. Wenn es den Täter*innen darum gegangen war, möglichst große Aufmerksamkeit zu erzeugen, hatten sie ihr Ziel erreicht: Alle West-Berliner Tageszeitungen berichteten auf den Titelseiten über den Fall, die Entschärfung der Bombe zeigte der SFB sogar in der Abendschau. Schon bald wurde klar, dass es sich dieses Mal nicht um eine Aktion extrem rechter

Akteure handelte: Am Abend des 9. November 1969 tauchte in einem West-Berliner APO-Treffpunkt ein Bekenner-Flugblatt auf, das sich zu den Denkmal-Schmierereien und zur Bombe im Gemeindehaus bekannte. Wenige Tage später wurde es in einem linken Szeneblatt veröffentlicht. Es war unterzeichnet mit „Schwarze Ratten TW“ – das Kürzel stand für „Tupamaros“ West-Berlin, eine linksradikale Splittergruppe aus dem Umfeld des SDS.¹⁰

Der Mitbegründer der „Tupamaros“ und Initiator des Anschlages Dieter Kunzelmann war nicht nur ein Gegner des Zionismus und Feind Israels, sondern auch ein ausgemachter Antisemit, der die Aufmerksamkeit suchte. Selbst ehemalige Weggefährten erinnerten sich, dass er „ständig abfällig über Juden redete“.¹¹ Ebenso wie die Gedenkstätte in Plötzensee stellte das Jüdische Gemeindehaus einen höchst symbolischen Ort dar – und ebenso wie die Gedenkfeiern zum 20. Juli 1944 waren die Veranstaltungen zum Jahrestag der Pogrome für die Politik und für die Überlebenden von großer Bedeutung. Diese Analogien legen nahe, dass Kunzelmann und seinen Mitstreiter*innen der Plötzensee-Anschlag möglicherweise als Inspiration und Motivation für ihren Angriff auf das Gemeindehaus gedient haben könnte, den es noch zu überbieten galt.

Im Schlussteil des Flugblattes gingen die „Tupamaros“ mit einer fragwürdigen Wortwahl auf ihre Schmieraktionen und die Brandbombe ein: „Beide Aktionen sind nicht mehr als rechtsradikale Auswüchse zu diffamieren“, lautete es, womit deutlich wurde, dass ihnen die jüngsten Neonazi-Aktionen bekannt waren. Ähnlichkeit wies zudem die Wortwahl in dem Bekenner-Tonband auf, dass Mitte November 1969 bei der Jüdischen Gemeinde eintraf. Eine weibliche Stimme erklärte hier: „Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus hat gezündet. Berlin dreht durch, die Linke stu[t]zt [...] SPRINGER, Senat und die GALINSKIS wollen uns ihren Judenknacks verkaufen. In das Geschäft steigen wir nicht ein.“ Es folgten wüste Attacken gegen Israel und die „Zionisten“, darunter der Vorwurf: „Mit den Milliarden der Wiedergutmachung wird ein neuer faschistischer Völkermord finanziert.“ Die Anleihen aus dem Voka-

bular der extremen Rechten waren unübersehbar. Die Entwicklung zu einem solchen antisemitischen Anschlag von links hatten viele aus dem Kreis der NS-Verfolgten und selbst aus dem APO-Umfeld nicht für möglich gehalten. Erst Jahre später kam zudem ans Licht, dass die Bombe aus dem Arsenal des Verfassungsschutzes stammte, der Waffen und Sprengstoffe an den harten Kern der linken Szene verteilt hatte.

In den Tagen nach dem 9. November 1969 war der gescheiterte Anschlag das Thema in West-Berlin. Die Arbeitsgemeinschaft der Verfolgtenverbände protestierte erneut mit Empörung gegen die Angriffe. Im Abgeordnetenhaus wurde der Vorfall am 13. November 1969 von allen Parteien einhellig verurteilt – in derselben Sitzung wurde überdies über das Vorgehen an der Paul-Natorp-Schule informiert. Auch der BVN verurteilte den Anschlag, warnte jedoch weiterhin vor der großen Gefahr, die von der Nationalzeitung und der NPD ausging.

Gegenüber dem CDU-Abgeordneten Heinrich Lummer, der die „Maulwürfe der Demokratie“ gleichermaßen auf der rechten und linken Seite verortete, machte der BVN-Geschäftsführer Max Köhler Wochen später eine wichtige Feststellung: „Wir dürfen meiner Meinung nach nicht vergessen, daß trotz der verbrecherischen Handlungen einiger anarchistischer Elemente, der Hauptfeind der Demokratie heute nach wie vor bei uns die NPD ist. [...] Angesichts unserer Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus wissen wir, daß die Bundesbürger auf Phrasen der NPD leichter hereinfallen als auf die der APO.“ Köhler war am 9. November selbst im Gemeindehaus gewesen, dennoch stand für ihn und seinen Verband der größere Feind der Demokratie weiterhin rechts. Die West-Berliner Mehrheitsbevölkerung dagegen reagierte gleichgültig: Ebenso wie nach dem Anschlag auf Plötzensee ging auch dieses Mal niemand für eine Mahnwache oder sonstige Protest- oder Solidaritätsaktionen auf die Straße. Damit markierte das Jahr 1969 einen vorläufigen Höhepunkt gesamtgesellschaftlichen Versagens, wenn es galt, öffentlich Verbundenheit mit den Betroffenen antisemitischer Gewalt zu zeigen.

Der lange Weg zum Protest

In einer Radio-Sendung des SFB ordnete Heinz Galinski einige Wochen später den jüngsten Angriff in eine lange Kette antisemitischer Vorfälle seit 1966 ein. Auch mit Hinblick auf die Entwicklungen in der Paul-Natorp-Schule forderte er umfassende bildungspolitische Maßnahmen zur Aufklärung der Jugend. Tatsächlich sollte erst in den späten 1970er-Jahren – nach weiteren Anschlägen und noch aggressiverem Auftreten extrem rechter Akteure – bei Schüler*innen in West-Berlin eine intensivere Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Neonazis erfolgen. Gleichzeitig, so die Beobachtung von Lehrkräften, motivierte der Neonazismus viele Schulklassen, sich stärker mit dem Nationalsozialismus zu beschäftigen. Dennoch sollte es noch bis 1982 dauern, bis in West-Berlin wieder spontan Solidarität gezeigt wurde: Wenige Tage nach dem Bombenanschlag palästinensischer Terroristen auf das israelische Restaurant „Mifgash“ in Berlin-Wilmersdorf im Januar 1982 gingen 5.000 Menschen auf die Straße, um gegen Antisemitismus zu demonstrieren. Trotz vieler Gegensätze beteiligten sich alle demokratischen Parteien und verschiedene Organisationen an der Aktion. Sie setzten damit ein wichtiges Zeichen. Fakt ist jedoch ebenso: Umfassende Solidarität mit den Opfern antisemitischer Gewalt in Deutschland ist in den letzten Jahrzehnten (viel zu) oft ausgeblieben.

Gerd Kühling

Dr. Gerd Kühling ist Beisitzer im Vorstand des Aktiven Museums. Als Mitarbeiter in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand ist er für die wissenschaftliche Betreuung der Sammlung der NS-Verfolgtenorganisationen zuständig.

1) Vgl. Regina Leßner, Vor 50 Jahren: Anschlag auf das jüdische Gemeindehaus Berlin: „Alle reden vom Wetter – Wir nicht“, Deutschlandfunk Kultur / Hörspiel-Feature vom 5. November 2019.

2) Vgl. Gerd Kühling, Die „Hakenkreuz-Schmierwelle“ in Berlin 1960. Ereignis, Presse und Protest, in: Aktives

Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V., Mitgliederrundbrief 80 (Januar 2019), S. 4-12.

3) Vgl. Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz / Aktives Museum e.V., „Meine eigentliche Universität war Auschwitz“. Joseph Wulf – Pionier der Holocaustforschung, Berlin 2019, S. 36-45.

4) Gideon Botsch, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Bonn 2012, S. 57.

5) Martin Buchholz, Was wollen sie, wir hatten ja Hand-
suche an, in: Berliner Extra-Blatt, 17. August 1968, S. 7-8.

6) Der West-Berliner Arbeitsausschuss der „Demokratischen Aktion“ bestand aus Adolf Burg (Bund-PRV), Helmut Rehfeld (BVN), Bernd Juds, Roland Reichwein und Dieter B. Sternweiler. Ich danke Yves Müller herzlich für diese Information.

7) Zum Anschlag auf die Gedenkstätte Plötzensee vgl. Aktives Museum e.V. / Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin, Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945, Berlin 2019, S. 39-42.

8) Vgl. Detlef Rudel, Schüler wurden Neonazis, in: Blickpunkt – Zeitschrift des Landesjugendrings Berlin, Ausgabe 184/185 (Dezember 1969/Januar 1970), S.18-19.

9) Gideon Botsch, Christoph Kopke, Kontinuität des Antisemitismus: Israel im Blick der extremen Rechten, in: Olaf Glöckner, Julius H. Schoeps (Hg.), Deutschland, die Juden und der Staat Israel. Eine politische Bestandsaufnahme, Hildesheim 2016, S. 285-313, hier: S. 311.

10) Zum Anschlag und den Abläufen danach siehe: Wolfgang Kraushaar, Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburg 2005, S. 47 und S. 63.

11) Stefan Reinecke, Wolfgang Gast, Antisemitismus in der 70er-Linken: „Im Nachhinein ist jeder schlauer“, taz, 12. Mai 2013.

DAS KURZE LEBEN DER TANA MAMLOK

Ein exemplarischer Exkurs über unbegleitete verfolgte jüdische Kinder in Berlin mit Bezug zur in unserer Online-Ausstellung vorgestellten „Zwangsräume“-Adresse Alte Schönhauser Str. 4

Zwei Tage nach Beginn des Zweiten Weltkriegs kam am 3. September 1939 ein kleines Mädchen im Jüdischen Krankenhaus im Wedding zur Welt, dem einzigen Berliner Krankenhaus, das jüdische Menschen noch behandelte. Es erhielt den Namen Tana, einen der wenigen für jüdische Kinder noch gestatteten Vornamen. Die Mutter war die ledige Eva Mamlok, der Vater wurde im Geburtseintrag des Standesamtes Wedding nicht genannt.

Rund drei Jahre später wurde Tana Mamlok mit dem „23. Osttransport“ am 29. November 1942 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Auf dem gleichen Transport befand sich der zweijährige Berl Kohn. Auf der Transportliste ist als letzte Adresse der beiden Kleinkinder die Alte Schönhauser Straße 4 im Bezirk Mitte angegeben. In dem Haus gab es zwischen 1939 und 1945 mindestens neun Zwangswohnungen, in denen mindestens 76 jüdische Menschen zwangsweise untergebracht waren.¹ Die beiden Kinder befanden sich kurz vorher im Baruch Auerbach'schen Waisenhaus in der Schönhauser Allee 162. Dieses altehrwürdige jüdische Kinderheim war seit Herbst 1942 zum Auffangbecken für Kinder und Jugendliche aus mehreren durch die NS-Behörden aufgelösten jüdischen Einrichtungen geworden. Insgesamt 71 Kinder und Jugendliche aus dem Heim, sowie Betreuerinnen und Betreuer wurden schließlich am 29. November vom Sammellager Große Hamburger Straße aus deportiert. Warum Tana Mamloks und Berl Kohns letzte Adresse die Alte Schönhauser Str. 4 war, wie sie dorthin gekommen waren und wer sich dort im November 1942 um sie kümmerte, ist heute nur noch hypothetisch rekonstruierbar. Untermieter der Familie Aschkinasy im Erdgeschoss links des dortigen

Hinterhauses waren Walter David und seine Frau Thea, geb. Libowski. Zur Eheschließung der beiden war Thea in der Moltkestraße 8-10 gemeldet, dem jüdischen Kinder- und Säuglingsheim in Niederschönhausen. In der Vermögenserklärung, die die Davids im Sammellager kurz vor der Deportation abgeben mussten, fallen mehr Möbel und Kleidungsstücke für Kinder auf als bei anderen Hausbewohnern, die ebenfalls Kinder hatten. Möglicherweise betreuten sie neben ihren eigenen Kindern Margot (geb. 7. Dezember 1931) und Wolfgang (geb. 5. März 1937) auch Tana und Berl in den letzten Tagen.²

Im Rahmen eines Recherche-Projekts konnte nun allerdings die Geschichte der Mutter von Tana Mamlok rekonstruiert werden. Die Geschichte der Frauen-Widerstandsgruppe um Eva Mamlok zeigt nicht nur, wie ein dreijähriges Kind in kurzer Zeit seine Mutter und die Familie verlor, sondern ist auch ein bemerkenswertes Beispiel für alltäglichen jüdischen Widerstand, vor und während der Zeit der Deportationen.

Die am 6. Mai 1918 geborene Eva Mamlok wuchs in Kreuzberg in der Neuenburger Straße 3 auf. Ihre Eltern waren der Weinhändler Albert Mamlok und seine Frau Martha, geborene Peiser. Das Familienunternehmen Mamlok hatte in der Weltwirtschaftskrise schwer gelitten und musste 1932 aufgelöst werden. Albert starb 1936, Martha betrieb noch eine Wein- und Spirituosenhandlung im Wohnhaus der Familie, wahrscheinlich im Ladengeschäft im Souterrain. Evas ältere Schwester Hildegard starb 1941 an Tuberkulose. Ein Lichtblick war die evangelisch-lutherische böhmische Bethlehemsgemeinde als Vermieterin, die der Familie auch nach Verlust des Mieterschutzes 1939 nicht kündigte.³

Von Eva Mamloks Widerstandsaktionen und der Gruppe jüdischer Frauen, die sie an ihrem Zwangsarbeitsplatz in Kreuzberg versammelte, wissen wir durch das einzige überlebende Mitglied der Gruppe, Inge Gerson, später verheiratete Berner. Die gerade 19-jährige Inge Gerson war im April 1941 zur Zwangsarbeit nach Kreuzberg verpflichtet worden.⁴ In der Brandenburgstraße 74-75 (heute: Lobeckstraße) pro-



Eva Mamlok, um 1937

duzierte die Schrauben- und Armaturenfirma Butzke nun für die Rüstung. Als Inge dort 1941 Eva Mamlok kennenlernte, schloss sie sich ihr an. Beide Frauen waren in den 1930er-Jahren Teil der Jugendbewegungen der Weimarer Republik gewesen. Inge Gerson hatte bis 1938 zum Kreis um Herbert Baum gehört, ihre Freundin und Mitschülerin Marianne Joachim wurde später 1943 in Plötzensee hingerichtet.⁵

Inge Gerson Berner legte wiederholt und schon unmittelbar nach Kriegsende über die Widerstandsgruppe und Eva Mamlok Zeugnis ab. Stets sprach sie mit großer Hochachtung von ihr: „I met Eva Mamlok. She was a very interesting girl. She had a child out of wedlock. And this was the child by a non-Jew. But, of course, she couldn't say that. So she said the father was a Jew who had emigrated. And she was a member of a resistance group. And through her, I got drawn into it.“⁶ Schön und lebenslustig sei sie gewesen, an der Dreh-

maschine habe sie Brechts (längst verbotene) Dreigroschenoper gesungen. Schon mit 14 Jahren sei Eva auf das Dach des Kaufhauses am Halleschen Tor geklettert und habe „Nieder mit Hitler!“ darauf geschrieben, sei dafür aber nicht bestraft worden, weil sie zu jung war.⁷ Dies konnte bisher nicht durch andere Quellen verifiziert werden; vielleicht ist es eine Zuspitzung. In der jüngsten Rezeption hat das Bild vom Teenager auf dem Kaufhausdach zu einer gewissen Ikonisierung geführt.⁸ Die 1918 geborene Eva Mamlok war im Januar 1933 bereits fünfzehn und damit strafmündig. So ist denkbar, dass die Aktion bereits vor 1933 stattfand. Das Kaufhausdach – heute Flachdach, früher flach geneigtes Ziegeldach – ist vom Bahnsteig des Hochbahnhofs Hallesches Tor weithin sichtbar.

Nachweislich wurde Eva Mamlok am 24. November 1934 verhaftet, als sie Blumen am Grab von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ablegte. Unter Anwendung des „Schutzhaft“-Paragraphen wurde die Sechzehnjährige im Frauen-KZ Moringen bei Northeim in Niedersachsen interniert. Von dort sind Eingaben ihrer Mutter und Schwester und, über den Direktor Hugo Krack, indirekt eigene Äußerungen überliefert. Demzufolge war sie Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Jugend (SAJ) bis zu deren Verbot, beendete das Lyzeum mit der Mittleren Reife und war „Lehrmädchen“. Bei ihrer „Einlieferung“ sei sie arrogant und anmaßend gewesen, schnippisch zu ihm und den Aufseherinnen, schrieb Krack an die Gestapo und an Evas Mutter Martha. Sie habe sich in Moringen mit Kommunistinnen umgeben. Wegen dieser widerspenstigen Haltung verlängerte man die Haft auf fast ein halbes Jahr. Am 8. Mai 1935 wurde sie zu den Eltern in die Neuenburger Straße 3 entlassen.⁹

Bei Butzke verliehen die Frauen bald verbotene Bücher: „In dieser Fabrik waren unsere Vorarbeiter zwei [nichtjüdische] Deutsche, namens Joachim Schäfer und Kurt Juhnke. Der erstere war judenfreundlich, man hatte ihn wegen Meuterei aus der Hitlerjugend ausgeschlossen, was er aber als Glück empfand. Er lieh sich bei mir verschiedene Bücher von Upton Sinclair, Émile Zola, Sinclair Lewis, Stefan Zweig etc.“¹⁰ Die

Gruppe verteilte auch Flugblätter und klebte Zettel mit Parolen an Hauswände.¹¹ Doch waren es die Bücher, die schließlich im September 1941 zur Verhaftung führten.

Der zweite, missgünstige Vorarbeiter hatte sie denunziert, und in einem Buch war Inges Ex Libris gefunden worden. Drei Frauen, Eva Mamlok, Inge Lewinsohn und Inge Gerson, wurden wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ zum Tode verurteilt.¹² Mit Hilfe eines nichtjüdischen Onkels wurde das Todesurteil nach Gersons Erinnerung in Deportation umgewandelt. Am 13. Januar 1942 wurden sie mit über tausend anderen jüdischen Menschen nach Riga deportiert. Vor dem Abtransport vom Güterbahnhof Grunewald durften die Verurteilten in Polizeibegleitung kurz ihre Wohnungen aufsuchen und Abschied von ihren Familien nehmen, in Evas Fall auch von ihrer kleinen Tochter. Es war ein Abschied für immer.¹³



Kaufhaus Hertie in Berlin-Kreuzberg, Belle-Alliance-Straße 1-3

Die immer schärferen Maßnahmen hatten zur zunehmenden Verarmung und Verelendung der jüdischen Bevölkerung geführt. Der Anteil nicht-ehelicher Kinder war, auch durch die Nürnberger Gesetze, massiv gestiegen. Bei 60 Wochenstunden Zwangsarbeit konnten viele ihre Kinder nicht mehr betreuen. So wurden sie von Großeltern, sofern nicht selbst in Arbeit gezwungen, oder in Einrichtungen der Gemeinde respektive Reichsvereinigung versorgt.¹⁴ Tana wurde von Evas Mutter Martha Mamlok in der Neuenburger Straße 3 betreut, wo drei Generationen unter einem Dach lebten.

Nach Eva Mamloks Verhaftung und Deportation blieb Tana bei der Großmutter Martha Mamlok. Am 19. Oktober 1942 wurde diese dann mit dem „21. Osttransport“ ebenfalls nach Riga deportiert, ohne Tana.¹⁵

Am 29. November 1942 wurde Tana Mamlok nach Auschwitz deportiert. Aus der für sie ausgefüllten Vermögenserklärung ist ersichtlich, dass sie keine Angehörigen mehr hatte; Geburtsort unbekannt; letzte Anschrift Waisenhaus Schönhauser Allee 162. „Waisenkind, Vormund unbekannt“ steht in der ansonsten leeren Erklärung.¹⁶ In diesem Transport waren fünfzig Kleinkinder der Jahrgänge 1939 bis 1942, allein fünf mit Namen ‚Tana‘. Dreißig waren ebenfalls zuletzt in der Schönhauser Allee 162 gemeldet gewesen. Die Wenigsten waren im engeren Sinne Waisen, sondern in Folge der Verfolgung, Entrechtung und Deportationen ihrer Herkunftsfamilien im Betreuungssystem der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland gelandet. Hierzu zählte auch Berl Kohn, der am 28. Mai 1940 in Kassel geboren worden war, dessen Mutter Irma, seit 6. Januar 1939 „rechtskräftig geschiedene“ Kalmar und geborene Kohn, und Vater Alfred Hammerschlag bereits im Dezember 1941 nach Riga deportiert worden waren.¹⁷ Vermutlich landete er als Mündel der Reichsvereinigung in Berlin und ganz zuletzt in Auschwitz.

Eva Mamlok hielt laut Überlieferung von Inge Gerson auch in Riga weiter Kontakt zu Widerstandsgruppen.¹⁸ Am 1. Oktober 1944 wurde sie von Riga ins KZ Stutthof überstellt. Sie starb dort am 23. Dezember 1944, wenige Monate vor Kriegsende.¹⁹ Inge Gerson (später Berner) gelang im Januar 1945 die Flucht. Dank ihr kennen wir heute die Geschichte von Tana und ihrer mutigen Mutter Eva Mamlok, die nie aufhörte, Widerstand zu leisten.

Jutta Faehndrich

Dr. Jutta Faehndrich, Kulturhistorikerin, lebt und arbeitet in Berlin und Leipzig. Im FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum wird noch bis zum 22. September 2024 die Sonderausstellung „Gruppe Eva Mamlok - Widerstandsgeschichten“ präsentiert, die sie gemeinsam mit Miriam Visaczki, Miklas Weber und Alexandra Weltz-Rombach konzipiert hat.

1) Vgl. <https://zwangsraeume.berlin/de/houses/alteschoenhauser-strasse-4>

2) OFP-Akte Thea David, BLHA 36a II Nr. 7050; Eheschließung Walter David und Thea Libowski, 22. März 1932, Standesamt Niederschönhausen Nr. 34/1932.

3) Bauakte Neuenburger Straße 3, Landesarchiv Berlin, B Rep. 206, Nr. 2927.

4) Entschädigungsakte Inge Berner, LABO Berlin, Reg.-Nr. 056.352, Bl. B4, E6 et al.

5) Inge Berner Papers, USHMM, acc. no. 1999.37; <https://collections.ushmm.org/search/catalog/irn516973>

6) Inge Berner, Interview 31206, Tape 2. Visual History Archive, USC Shoah Foundation 1997.

7) Inge Berner, The Death Sentence, in: Gertrude Schneider (Hg.), The Unfinished Road. Jewish Survivors of Latvia Look Back, New York 1991, S. 81–97, hier S. 88. Berners Erinnerung in diesem Text, generell präzise und verifizierbar, datiert hier nicht exakt. Eva Mamlok war nicht zwei (wie Berner sagt), sondern vier Jahre älter als sie selbst und wurde im Herbst 1934, nicht erst Jahre später, erneut verhaftet. Dass das fragliche Kaufhaus am Halleschen Tor war, sagt Berner in: Arnold Paucker, Some Notes on Resistance, in: The Leo Baeck Institute Year Book 16 (1971), S. 239–248, hier S. 242.

8) So im Stolperstein-Onlineprojekt des WDR in Form einer Graphic Story mit imaginären Zusätzen („in großen weißen Buchstaben“), <https://stolpersteine.wdr.de/web/de/stolperstein/18577> (27.11.2023).

9) Personalakte Eva Mamlok, Niedersächsisches Landesarchiv Hannover, Hann. 158, Personalakten von Häftlingen des Frauenschutzhäftlagers Moringen, Acc. 105/96, Nr. 232.

10) „Protokoll, aufgenommen am 2. April 1945 in Bukarest“; Files 06470321-06470329, Ingeborg GERSON-BRIN, RG-68.151M, Acc. 2012.217, Selected Records of the Holocaust Collection: Postwar Testimonies

and Jewish Social Mutual Files (RG VII-123), United States Holocaust Memorial Museum Archives, Washington, DC, mit Dank an Anna Hájková.

11) Berner, The Death Sentence, S. 89.

12) Prozessunterlagen konnten bisher nicht nachgewiesen werden. Auch Inge Lewinsohn, die mit den beiden verhaftet wurde, konnte bisher nicht eindeutig identifiziert werden.

13) Berner, Interview, Tape 3.

14) Stefanie Schüler-Springorum, Elend und Furcht im Dritten Reich. Aus den Akten der Sammelvormundschaft der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, in: ZfG 45 (1997) 7, S. 617–641, hier S. 635.

15) Martha Mamlok geb. Peiser, wohnhaft am 17.05.1939 in der Neuenburger Straße 3, Berlin-Kreuzberg, geb. 22.06.1884 in Posen, deportiert am 19.10.1942 nach Riga, <https://www.mappingthelives.org/bio/01e6cf36-4902-411d-b51d-84b39a4448e4> (13.12.2023).

16) OFP-Akte Tana Mamlok, BLHA 36a II, Nr. 24924.

17) Geburtseintrag Berl Kohn, Standesamt Kassel Nr. 2244/1940. Alfred Hammerschlag erkannte lt. Randvermerk ebd. die Vaterschaft am 18. Oktober 1941 an. Beide Eltern wurden am 9. Dezember 1941 von Kassel nach Riga deportiert; nur Irma Kalmar überlebte (Gedenkbuch Bundesarchiv). Ihre Entschädigungsakte liegt nach Auskunft der Bundeszentrale für politische Bildung im Bestand Darmstadt (K-09997-92-A-Ka).

18) Berner, Interview, Tape 3.

19) Totenschein, ausgestellt am 24.12.1944 im KZ Stuttgart, Dokument 1.1.41.2 / 4562189, ITS Digital Archive, Arolsen Archives. Die offizielle Todesursache lautete „Herz–allgemeine Körperschwäche“, ebd.

JOACHIM SIMON UND KURT HANNEMANN

Spuren zweier aus Berlin stammender jüdischer
Widerstandskämpfer



Joachim Simon und Kurt Hannemann, 1939

Als in der Nacht vom 9./10. November 1938 überall im Deutschen Reich Synagogen brannten, Wohnungen und die Räumlichkeiten von jüdischen Einrichtungen geplündert und zerstört wurden, wurden reichsweit rund 30.000 jüdische Männer in Konzentrationslager verschleppt. Unter denjenigen, die in das KZ Buchenwald eingewiesen wurden, befanden sich die fast auf den Tag gleichaltrigen jüdischen Freunde Joachim Simon (*12.11.1919) und Kurt Hannemann (*9.11.1919).

Zu diesem Zeitpunkt hatten die beiden gebürtigen Berliner seit etwa einem Jahr in der Hachscharstätte Ellguth in Oberschlesien gelebt und gearbeitet. Um ihre Chancen auf das für die legale Einwanderung nach Palästina benötigte Zertifikat für Arbeiter zu erhöhen und um für das neue Leben nützliche geistige, landwirtschaftliche, hauswirtschaftliche und handwerkliche Fähigkeiten zu erwerben, lernten sie dort neben beispielsweise Pflügen auch: „Palästinakunde, Biologie, Physik, landwirtschaftl. Fachunterricht als Pflicht, freiwillig Literatur Ag, Faust, Theater [...], Allgemein über Volkswirtschaft (theoretisch und praktisch) über die Wirtschaft in den einzelnen Ländern, Geschichts-

betrachtung, landwirtschaftliche Betriebslehre, Mathematik.“¹

Joachims Mutter, Charlotte Simon, war kurz nach seiner Geburt gestorben. Zusammen mit seinem älteren Bruder Jakob, genannt Jöckel, engagierte sich Joachim in der sozialistischen jüdischen Jugendbewegung, seit 1933 bei Habonim. Ihr Vater heiratete erneut und die Brüder zogen im Frühjahr 1933 nach Frankfurt (Oder) zu ihrer Tante Grete. Dort vermisste Joachim seine Freunde und er vermisste Berlin, sehnsuchtsvoll schrieb er an einen Freund: „Aber Berlin und alles!!! Knorke“². Wenn er in Berlin zu Besuch war, ging er gerne in Museen und traf alte Freunde. Als ihr Vater, der Rechtsanwalt und Notar Dr. Fritz Simon, 1935 in Berlin starb, sahen sich Joachim und Jakob bei seiner Beerdigung zum letzten Mal.



Der Grabstein von Joachim Simons Eltern auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee, Gräberfeld E5, Reihe 15. Die kaum lesbare Inschrift des Grabsteins lautet: Lotte Simon, geb. Saling, geb. 7.1.1889, gest. 8.12.1919, Fritz Simon, geb. 15.1.1881, gest. 22.3.1935.

Jakob gelang es im selben Jahr nach Palästina zu entkommen, Joachim kehrte nach Berlin zurück und machte 1937 das Abitur. Im Herbst zog er nach Ellguth, genauso wie sein Freund Kurt Hannemann. Die beiden kannten sich aus der Jüdischen Oberschule und von der linkszionistischen Jugendorganisation Habonim. Kurt Hannemanns Eltern waren Georg und Lilly, geb. Samson, Hannemann. Georg Hannemann betrieb mit seiner Schwester Elisabeth die seinerzeit bekannte „Hannemannsche Buchhandlung“ in der Friedrichstraße 208 in Berlin.



An der Stelle des Hauses, in dem sich die „Hannemannsche Buchhandlung“ befand, wurde im Rahmen der Internationalen Bauausstellung 1987 dieses Gebäude errichtet.

Wie Jakob Simon unterstützte auch Kurts Bruder Paul Fluchten von Jüdinnen und Juden aus dem Deutschen Reich. Er unterrichtete von 1933 bis 1936 in der Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe in der Oranienburger Straße 31 Erwachsene in sogenannten Berufsumschichtungskursen in Buchbinderei, Tischlerei und Schlosserei. Ihrer Wiedergutmachungsakte ist

zu entnehmen, dass die Familie Hannemann vor der Auswanderung von Kurts Eltern und seiner beiden älteren Geschwister Paul und Charlotte 1936/37 nach Argentinien in der Bülowstraße 88 wohnte.

Zwei Überfälle auf das Lehrgut Ellguth

Der Überfall auf die jungen Leute in Ellguth im Zuge der Novemberpogrome 1938, in dessen Folge unter anderem Kurt Hannemann und Joachim Simon in das KZ Buchenwald verschleppt wurden, war bereits der zweite Überfall innerhalb von zwei Wochen. Im Zuge der „Polenaktion“ waren bereits Ende Oktober 1938 13 polnische Bewohnerinnen und Bewohner des Lehrgut Ellguth nach Polen ausgewiesen worden. In Polen aber wurden sie von der Dorfbevölkerung mithilfe von Hunden über die Grenze zurück in das Deutsche Reich getrieben. Sechs von ihnen passierten erneut die deutsch-polnische Grenze, die übrigen sieben kehrten nach Ellguth zurück.³

Wenige Tage später, als überall im Land jüdische Einrichtungen brannten, ausgeraubt und zerstört wurden, drangen nationalsozialistische Schläger in das Gebäude des Ausbildungslagers in Ellguth ein und schlugen die Anwesenden krankenhaushausreif: „Mit Gummiknüppeln und Eisenstangen bewaffnet, haben sie in Klein Ellguth auf die Chawerim losgeschlagen und auf die Mädels, als diese sich auf die Jungs warfen, um sie zu beschützen.“⁴ Nach dem Gewaltexzess wurden die Frauen nach Hause geschickt, diejenigen mit polnischer Staatsangehörigkeit erneut nach Polen abgeschoben, und die übrigen Männer in das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar verschleppt.

Joachim Simon und Kurt Hannemann wurden am 10. Dezember 1938 ebenso wie die anderen aus Ellguth dorthin eingelieferten jungen Männer aus dem KZ Buchenwald entlassen und flohen, da sich die Möglichkeit der Auslandshachschara in den Niederlanden bot, gemeinsam dorthin. Auf den abgebildeten Passfotos ist bei beiden das im KZ Buchenwald geschorene Haar bereits ein wenig nachgewachsen.



Der Künstler Pablo (früher Paul) Hannemann schenkte 1979 der Stadt Berlin anlässlich des zehnten Jubiläums des Besuchsprogramms des Berliner Senats für NS-Verfolgte eine selbst erschaffene Bronzeskulptur mit dem Titel „Versöhnung“. Hier ist er bei der Aufstellung am 4. Juli 1979 im Wappenhof des damaligen Rathauses Wilmersdorf zu sehen. Die Skulptur stand zwischenzeitlich an der Königsallee und wurde nach einigen Jahren wieder im Innenhof des Rathauses Wilmersdorf aufgestellt, nunmehr am Rande des ehemals gedenkpolitisch mehr als fragwürdig gestalteten Innenhofs, eingeklemmt zwischen Picknickbank und Fahrradständer.

Im Widerstand in den Niederlanden

In den Niederlanden angekommen, verteilten sie sich auf verschiedene Orte, meist Hachschara-Lehrgüter, die es dort auch gab. Kaum älter als die anderen Palästina-Pionierinnen und -Pioniere übernahmen Joachim Simon und der 1920 in Amsterdam geborene Menachem Pinkhof die Leitung des Ausbildungshofs Loosdrecht. Joachim, Menachem, Kurt Hannemann und viele andere, vor allem aus Deutschland und Österreich geflohene junge Jüdinnen und Juden und einheimische Unterstützer_innen um Joop und Willy Westerweel bauten ein sehr agiles und multistrategisch agierendes Widerstandsnetzwerk auf, welches heute als Westerweelgruppe

bezeichnet wird. Insgesamt gelang es ihnen, rund 300 Jüdinnen und Juden vor der nationalsozialistischen Verfolgung zu retten.⁵ Bis auf Joachim Simon und Kurt Hannemann konnten alle ehemaligen Ellguther von den Niederlanden aus nach Palästina fliehen, sie aber starben im Widerstand gegen die nazistische Vernichtungspolitik. Joachim Simon wurde an der niederländisch-belgischen Grenze verhaftet und nahm sich, laut Polizeibericht, am 27. Januar 1943 im Gefängnis von Breda das Leben. Sein Grab befindet sich auf dem jüdischen Friedhof Osterhout nahe Breda. Kurt Hannemann wurde gefasst, am 18. Oktober 1943 nach Westerbork eingeliefert und am 19. Oktober 1943 nach Auschwitz deportiert, wo er am 31. März 1944 starb.



Die Stolpersteine für die Familie Simon vor der Marienstraße 5 in Frankfurt (Oder) weisen Spuren von mutwilliger Beschädigung auf.

Während in den Niederlanden und in Israel ihr Andenken vielerorts gepflegt wird und in Frankfurt (Oder) ein Stolperstein für Joachim Simon verlegt wurde, erinnert in ihrer Geburtsstadt Berlin bislang nichts an Joachim Simon und Kurt Hannemann.

Tanja von Fransecky

Dr. Tanja von Fransecky, Soziologin und Historikerin, arbeitet im Bereich der Demokratieförderung und als Lehrbeauftragte an der Alice Salomon Hochschule Berlin. Sie ist Mitglied im Aktiven Museum.

1) Brief von Joachim Simon an Jöckel (Jaakov Simon) vom 1.2.1938, Ghetto Fighters House Archives, Catalog No. 17, Registry No. 11407R“M – Hol.

2) Brief von Joachim Simon an Giacomo vom 15.4.1936, ebd.

3) Vgl. Katharina Friedla, Juden in Breslau / Wrocław 1933-1949, Köln, Weimar, Wien 2015, S. 184f.

4) Vgl. Willy Cohn, Kein Recht – Nirgends. Breslauer Tagebücher 1933-1941, Köln, Weimar, Wien 2008, S. 165.

5) Vgl. Tanja von Fransecky, Fluchtroute durch Westeuropa, Die Rettungsaktivitäten der Westerweel-Gruppe, in: Julius H. Schoeps, Dieter Bingen, Gideon Botsch (Hg.), Jüdischer Widerstand in Europa (1933-1945). Formen und Facetten, Berlin, Boston 2016. <https://doi.org/10.1515/9783110415353>

„VERLASSEN SIE DEMONSTRATIV DEN SAAL“. DER 30. JAHRESTAG DES 20. JULI 1944 IN BERLIN

Interview mit Holger Hübner zu Hans Filbinger

Anlässlich des 80. Jahrestages des gescheiterten Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 gab es auch in diesem Jahr in Berlin eine Reihe von Veranstaltungen. Seit Jahren hat das Datum einen festen Platz im Gedenkalender der Stadt. Dabei gerät schnell in Vergessenheit, dass es rund um die Feierlichkeiten wiederholt zu Kontroversen kam. Dies gilt besonders für den 30. Jahrestag im Juli 1974, der seinerzeit in West-Berlin unter anderem mit einer Gedenkstunde im Reichstag begangen wurde. Vor und während der Veranstaltung gab es Proteste gegen den Redner Hans Filbinger, der wegen seiner NS-Vergangenheit als Marinestabsrichter in der Kritik stand. Allerdings war zu diesem Zeitpunkt längst noch nicht bekannt, dass der „furchtbare Jurist“ Filbinger – so sollte ihn der Schriftsteller Rolf Hochhuth später bezeichnen – in der NS-Zeit an mehreren Todesurteilen beteiligt war, weshalb er 1978 als Ministerpräsident von Baden-Württemberg zurücktreten musste. Der folgende Beitrag beleuchtet die Ereignisse rund um den Jahrestag im Juli 1974 und lässt einen Protagonisten zu Wort kommen, der seinerzeit aktiv an den Protesten beteiligt war.

Hans Filbinger hatte noch am 29. Mai 1945, also drei Wochen nach der Kapitulation, als Militärrichter in einem Kriegsgefangenenlager in Norwegen eine sechsmonatige Gefängnisstrafe gegen einen deutschen Wehrmachtssoldaten wegen „Erregens von Mißvergnügen, Gehorsamsverweigerung und Widersetzung“ verhängt. Fast drei Jahrzehnte später veröffentlichte das Nachrichtenmagazin Der Spiegel 1972 dieses Urteil, kurz bevor der Christdemokrat Filbinger als Ministerpräsident von Baden-Württemberg wiedergewählt wurde. In dieser Funktion übernahm er im November 1973 turnusmäßig das Amt des Bundesratspräsidenten. Die Planungen für den Jahrestag des 20. Juli 1944 begannen in West-Berlin



Ansprache von Hans Filbinger im Plenarsaal des Reichstages, 19. Juli 1974

Anfang 1974. Ursprünglich wollte der Senat den Bundespräsidenten und den Bundeskanzler für die Feier im Reichstag gewinnen, was auch die Stiftung „Hilfswerk 20. Juli 1944“ favorisierte. Das im Mai neu gewählte Staatsoberhaupt Walter Scheel lehnte eine Ansprache jedoch ab, Helmut Schmidt war wegen einer Gartenparty des Kanzleramtes in Bonn verhindert. Somit rückte der dritte Mann im Staat, Hans Filbinger, in den Fokus.

Schon im Frühjahr 1974 gab es offenbar erste Kritik an dem Plan, Filbinger am Jahrestag des 20. Juli 1944 sprechen zu lassen. Das Rumoren in der West-Berliner Gerüchteküche ging so weit, dass sich die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, die mit den Planungen der Gedenkfeiern betraut war, an die Staatskanzlei in Stuttgart wandte und um Aufklärung zur Biografie Filbingers und das Urteil bat. In einem mehrseitigen

Schreiben antwortete der persönliche Referent Filbingers, dass dieser aufgrund seiner Verbindungen in der NS-Zeit eigentlich dem Widerstand zuzurechnen sei, hatte er doch Kontakte zum Freiburger Freundeskreis um Reinhold Schneider gepflegt. Die Landeszentrale und der Senat gaben sich damit zufrieden. Auch die Stiftung „Hilfswerk 20. Juli 1944“ erhob offiziell keinen Protest, wenngleich es unter Angehörigen des Widerstandes Unmut über die Entscheidung gab. Mitte Juli 1974 wusste Der Spiegel schließlich zu berichten, der Mitherausgeber des Tagesspiegels Franz Karl Maier habe dem Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz mitgeteilt, er und seine Redaktion würden wegen des Redners Filbinger an der Veranstaltung im Reichstag nicht teilnehmen. Kurz vor dem Jahrestag erklangen weitere Stimmen, die sich gegen den Auftritt des ehemaligen Marinestabrichters aussprachen. Allen voran

die Jungdemokraten der West-Berliner FDP protestierten öffentlich gegen ihn.

Für Hans Filbinger war es bis zu diesem Zeitpunkt gewiss ein Vorteil, dass seine Biografie in West-Berlin eher unbekannt war. Dies änderte sich, als der gebürtige Stuttgarter Franz Karl Maier öffentlichkeitswirksam über seinen schwäbischen Landsmann aufklärte. In der Tagesspiegel-Ausgabe vom 19. Juli 1974 wurde das Urteil Filbingers vom Mai 1945 abgedruckt. Im Kommentar dazu kritisierte Maier scharf, dass der Senat an Filbinger als Jahrestags-Redner festhielt. Am Abend desselben Tages sollte um 18:00 Uhr die Gedenkfeier stattfinden. Vor dem Reichstag gab es vorher eine weitere Protest-Aktion: An die Gäste der Veranstaltung wurden Flugblätter verteilt, auf denen das Urteil von 1945 abgedruckt war. Zu der Aktion gibt es unterschiedliche Angaben. In einigen Berichten heißt es, Angehörige der hingerichteten Widerstandskämpfer hätten die Flugblätter verteilt. Nach anderen Darstellungen waren es Jungsozialisten der West-Berliner SPD. Für die Bild-Zeitung stand sogar fest, dass die folgenden tumultartigen Ereignisse auf der Gedenkfeier letztlich auf das Flugblatt zurückgingen.

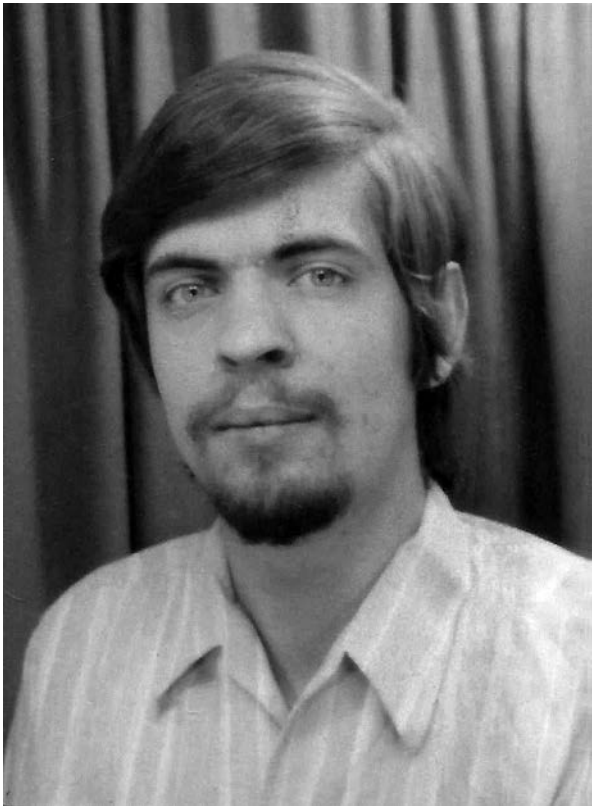
Bei der Ansprache von Hans Filbinger im Plenarsaal des Reichstages ertönten Zwischenrufe wie „Nazi“ und „Heuchler“. Andere Stimmen forderten ihn auf, Stellung zu seinem Urteil zu beziehen. Mehrere Personen verließen aus Protest den Saal, darunter Nachkommen der hingerichteten Männer des 20. Juli und die ehemalige Widerstandskämpferin Rosemarie Reichwein. Als die Rede des Bundesratspräsidenten beendet war, stürmte ein junger Mann nach vorne. Mit den Worten „Ich bin ein Enkel von Julius Leber und will eine Rede halten“, wollte er sich Zugang zum Rednerpult verschaffen. Es war der 20-jährige David Heinemann, ein Enkel des in Plötzensee hingerichteten Sozialdemokraten. Es gab einen Tumult, Filbinger stolperte und fiel hin. Ordner und Kriminalbeamte drängten Heinemann ab und schleppten ihn aus dem Saal. Die Fernsehkameras waren zu diesem Zeitpunkt längst abgeschaltet. Doch 1.500 geladene Gäste im Reichstag, darunter 400 Holocaust-Überlebende aus Israel und den USA, wurden Zeugen der Szene.

In den nächsten Tagen überschlugen sich die Meldungen in den Medien über den Vorfall. Die Reaktionen reichten von harscher Kritik bis zu wohlwollendem Verständnis. Im Fokus stand David Heinemann, doch auch von den anderen Protestlern und der Flugblattaktion war die Rede. Das Flugblatt galt lange Zeit als verschollen, wer es verfasst hatte, war unbekannt. Weder in den Unterlagen der „Stiftung 20. Juli 1944“ noch in Nachlässen von Angehörigen war es zu finden. Erst 2023 tauchte ein Exemplar im Nachlass des „Zentralverbandes Demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgtenorganisationen“ (ZDWV) auf, der in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand verwahrt wird. Das maschinengeschriebene, beidseitige Flugblatt enthält Passagen aus dem Feldurteil Filbingers von 1945 und zitiert umfassend aus dem Tagesspiegel-Kommentar vom 19. Juli 1974. Die abschließende Forderung lautet: „VER-LASSEN (sic!) SIE DEMONSTRATIV DEN SAAL, WENN DIESER MANN SPRICHT oder STELLEN SIE IHN ZUR REDE!“ Das Flugblatt ist unterzeichnet von 13 Personen, als Verantwortlicher im Sinne des Presserechts wird Holger Hübner genannt.

Dr. Petra Behrens und Dr. Gerd Kühling, die beide in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand arbeiten und außerdem Mitglieder im Aktiven Museum sind, haben diesen einleitenden Erläuterungstext verfasst und mit Holger Hübner über den Jahrestag und das Flugblatt gesprochen:

In diesem Jahr wird der achtzigste Jahrestag des 20. Juli 1944 begangen. Für jüngere Menschen ist die NS-Geschichte zumeist ganz weit weg, auch weil keine persönliche Beziehung zu Zeitzeugen mehr besteht. Wie haben Sie als Schüler und Student diese Jahrestage erlebt?

Wie ich die Jahrestage erlebt habe, ist schwer zu sagen. Zu Schulzeiten fiel er in die großen Ferien. Zudem stand der 20. Juli immer etwas im Schatten des gesetzlichen Feiertags am 17. Juni, aber er war mir als Gedenktag an das missglückte Attentat auf Hitler und den gescheiterten Umsturzversuch bekannt und bewusst. Das lag vielleicht auch daran, dass ich an meiner Schule – der Friedrich-Ebert-Schule in Wilmersdorf –



Holger Hübner, um 1970

einen Geschichtsunterricht erhielt, der nicht bei Bismarck endete. Wirklich miterlebt habe ich den Gedenktag jedoch nicht, denn da gab es immer geschlossene Veranstaltungen, zu denen ich keinen Zugang hatte. Von dem, was dort geschah und gesprochen wurde, erfuhr ich bestenfalls am nächsten Tag aus der Zeitung.

Und was haben Sie zu Beginn der 1970er-Jahre gemacht?

Anfang der 1970er-Jahre war ich Student an der Freien Universität Berlin. Ich hatte gerade nach einem einjährigen Aufenthalt in Israel als deutscher Studentenvertreter für den Bundesverband Deutsch-Israelischer Studiengruppen (BDIS) das Fach von Volkswirtschaftslehre zu Semitistik/Arabistik gewechselt. Damals eine „Orchideenblüte“ der Wissenschaft.

Dieser Israelaufenthalt sensibilisierte mich natürlich auch für mehr-wissen-wollen über den Widerstand

gegen den Nationalsozialismus. Und politisch prägend für mich war die Aufbruchstimmung, die mit Willy Brandt verbunden war.

Der 30. Jahrestag des 20. Juli 1944 wurde 1974 mit großem Aufwand begangen, unter anderem sollte auf einer Veranstaltung im Reichstag Hans Filbinger sprechen. Wie haben Sie damals von der Filbinger-Rede erfahren? Was wussten Sie zu dem Zeitpunkt über ihn? Der große Skandal kam dann ja erst Jahre später...

Das kann ich aus meiner Erinnerung nach einem halben Jahrhundert nicht sicher sagen. Ich glaube nicht, dass ich damals viel mehr über Hans Filbinger gewusst habe, als dass er Ministerpräsident von Baden-Württemberg und in der CDU war. Über die Veranstaltung mit ihm wusste ich spätestens aber aus dem Tagesspiegel vom 19. Juli 1974.

Wir haben ein Flugblatt gegen Filbingers Rede gefunden. Es ist von zahlreichen Personen unterzeichnet, als Verantwortlicher sind Sie genannt. Wie kam es zu dieser Flugblattaktion?

Hier ist die Erinnerung mit dem Flugblatt wieder in der Hand doch recht stark. Auslöser war der Abdruck des Feldurteils vom 29. Mai 1945 im Tagesspiegel und der Kommentar des Herausgebers Franz Karl Maier. Das löste bei mir innere Wut und spontan den Wunsch aus, etwas zu unternehmen. Dieser ehemalige Marinestabsrichter Filbinger, der noch nach der Kapitulation ein solches Urteil gefällt hatte, konnte doch unmöglich zum Jahrestag des 20. Juli über den deutschen Widerstand sprechen. Dagegen musste zumindest protestiert werden. Also habe ich besagtes Flugblatt verfasst mit dem Urteil und Auszügen aus dem Kommentar sowie der Aufforderung, den Saal zu verlassen, wenn Filbinger spricht oder ihn zur Rede zu stellen. Dann habe ich im Freundes- und Bekanntenkreis herumtelefoniert, um Mitunterzeichner für das Flugblatt zu finden. Diejenigen, die ich erreichte und die „ja“ gesagt haben, stehen auf dem Flugblatt. Das ist also eine eher zufällig zusammengekommene Namensliste.



Protest von David Heinemann gegen den Auftritt von Hans Filbinger, 19. Juli 1974

Wie liefen die konkreten Vorbereitungen für das Flugblatt? Wann haben sie es hergestellt und wie viele Exemplare gab es davon?

Es war, wie gesagt, ein spontaner Entschluss von mir. Und alles geschah unter erheblichem Zeitdruck, denn die Gedenkveranstaltung fand am Abend des 19. Juli statt. Ich habe die Vorlage für das Flugblatt mit einer Schreibmaschine auf Wachsmatrizen geschrieben und anschließend in einem kleinen Institut an der Freien Universität mit einem kleinen Matrizendrucker (einer sog. Nudelmaschine) hektographiert. Fotokopierer oder Drucker in der heute gewöhnlichen Form gab es ja noch nicht. Nach den damaligen Möglichkeiten können es kaum mehr als vielleicht 150 bis maximal 200 Exemplare gewesen sein.

Wie und wo genau haben Sie das Flugblatt dann am 19. Juli verteilt?

Am 19. Juli 1974 stand ich mit ein paar der Unterzeichner vor dem Südportal des Reichstagsgebäudes, wo wir das Flugblatt an Personen verteilten, die hineingehen wollten. Irgendjemand verließ direkt vor mir das Haus und fragte mich, ob ich seine Einlasskarte haben wolle. So kam ich in den Plenarsaal, in dem die Gedenkveranstaltung stattfand. Dort stand ich innen an einer Tür. Im Saal waren auch im Rahmen des Senatsbesuchsprogramms aus Israel eingeladene ehemalige

Berliner. Bevor Filbinger ans Mikrofon trat, rief ich laut auf Hebräisch, dass ich alle Israelis bitte, den Saal zu verlassen, wenn der Ex-Nazi-Richter Filbinger über den deutschen Widerstand spreche. Er habe kein Recht dazu. Dann verließ ich den Saal. Vor dem Ausgang wurde ich von einem Journalisten angesprochen mit der Frage, was ich denn gerufen hätte. Das habe ich ihm kurz gesagt und verließ dann das Haus. Ich konnte ja nach meiner Aufforderung schlecht selbst drinnen bleiben.

Nach Ihnen gab es ja eine weitere Aktion von David Heinemann, dem Enkel von Julius Leber und anderen Töchtern und Söhnen der Beteiligten des 20. Juli 1944. In der Presse und in der Literatur ist die Rede davon, dass die Angehörigen ebenfalls Flugblätter verteilten. Haben sie davon etwas mitbekommen?

Von der Aktion David Heinemanns habe ich nur anschließend aus den Medien erfahren. An weitere Flugblätter kann ich mich nicht erinnern. Aber wenn es andere Flugblattverteiler gegeben hätte, dann hätte ich sicher gern diesen auch ein Exemplar abgenommen. Ein solches habe ich aber nicht.

Gab es damals eigentlich Konsequenzen? Hat sich die Presse oder die Polizei bei Ihnen gemeldet?

Nein, es gab keine Konsequenzen. Außer dem einen Journalisten, der mich nach meinem Zwischenruf auf Hebräisch befragte, was ich denn gesagt hätte, kann ich mich nicht an Fragen weiterer Journalisten erinnern. Später zitierten aber mehrere Zeitungen aus meinem Flugblatt. Im Tagesspiegel hieß es zudem: „In Flugblättern, die von zahlreichen Berliner Jungsozialisten vor dem Reichstag verteilt wurden ...“ Ich weiß nicht, woher man wusste, dass ein paar der Unterzeichner – durchaus nicht alle! – „Jusos“ waren. Und „zahlreiche“ Verteiler waren wir leider auch nicht, bestenfalls eine knappe Handvoll.

Die Polizei hat sich nicht bei mir gemeldet. Auch sonst wurde ich nicht mehr auf die Aktion angesprochen – bis zu dem Zeitpunkt, als fast 50 Jahre später das Aktive Museum auf mich zugekommen ist.

Was denken Sie persönlich: Hatten die Proteste von 1974 Einfluss auf die weitere Auseinandersetzung in der Bundesrepublik mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus und mit der Person von Hans Filbinger?

Das vermag ich nicht zu sagen. Aber es wäre schön.

Der 1945 in Berlin geborene Holger Hübner war nach dem Studium an der Freien Universität ab 1976 in der politischen Erwachsenenbildung tätig. Zahlreichen in- und ausländischen Gruppen vermittelte er bei Stadtführungen die Geschichte Berlins. Seit 1989 arbeitete er für den Senat. Unter anderem war er als Redenschreiber für den Regierenden Bürgermeister Walter Momper (SPD), Pressesprecher von Wirtschaftssenator Norbert Meisner und in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung tätig. Im Jahr 1997 legte er das Standardwerk „Das Gedächtnis der Stadt. Gedenktafeln in Berlin“ vor. Heute ist er der Vorsitzende des Förderkreises Erinnerungstätte der deutschen Arbeiterbewegung Berlin-Friedrichsfelde e.V.

„SO HAT WALTER TRIER SEIN LEBEN LANG DAS LÄCHELN UNTER DIE MENSCHEN GESTREUT.“

Laudatio anlässlich der Enthüllung einer Berliner Gedenktafel am 1. Juli 2024 in der Herwarthstraße 10 in Lichterfelde



Verehrte Trier-Fans und Kunst-Freunde, liebe kleine und große Kinder,

Ich freue mich und bin überwältigt von der großen Zahl derer, die sich heute – trotz des schlechten Wetters – für diese Ehrung vor Walter Triers ehemaligem Haus versammelt haben. Aber, und es schmerzt mich, das zu sagen: Wir sind zu spät! Viel zu spät! Ganze hundert Jahre zu spät! Denn 1924, also vor genau einhundert Jahren, da hätten wir ihm hier noch persönlich begegnen können.

Damals hat sich Walter Trier nämlich an genau dieser Stelle überlegt, ob er das hier befindliche Haus kaufen soll. Einer seiner engsten Freunde, der Architekt Otto Rudolf Salvisberg, hatte dieses Haus erst zwei Jahre zuvor für den Musikkritiker und Schriftsteller Oboussier entworfen und gebaut. Warum auch immer das Haus so bald wieder zum Verkauf stand, ist unbekannt. Jedenfalls sah Walter Trier nun eine gute Gelegenheit gekommen, für sich, seine Frau, seine

Tochter, den Familienhund und zahlreiche weitere Tierlein sowie für seine zerbrechliche Spielzeugsammlung eine feste Bleibe zu erwerben. Gesagt, getan. Und so zogen all die gerade genannten 1925 hier ein. Für gerade einmal zehn Jahre. Nämlich nur bis zur Flucht aus Nazi-Deutschland Ende 1936.

Obwohl: Bereits seit Januar 1933 war das Haus, so wie ganz Berlin und das komplette Deutsche Reich, nicht mehr wirklich sicher für einen wie ihn. Ein politisch liberaler Mensch, ein kritischer Geist und zugleich ein Durch-und-durch-Menschenfreund, ein Humorist und Karikaturist, der genau hinzuschauen pflegte und besonders gegen selbstverliebte, eitle Obrigkeit und blinden Kadavergehorsam austeilte. Ach so, jüdischen Glaubens war er obendrein. Vor solch einem Zeitgenossen zitterten die Nazis und daher gehörte er zu den schon früh verfolgten und ausgegrenzten Personen, die sich ernste Sorgen um ihre Zukunft machen mussten. Schutz boten Walter Trier für eine noch erstaunlich lange Zeit seine enorme Beliebtheit, einige gute Freunde, seine eigenen vier Wände, vor allem aber wohl sein tschechischer Pass.

„Als Trier mit der Frau und Tochter sein Haus in Lichterfelde verließ und emigrierte, nahm er das Spielzeug mit“, berichtete Erich Kästner 1959. Und er fuhr fort: „In London, in der Charlotte Street, sah ich es 1938 wieder. Und schließlich begleitete es ihn nach Kanada, nach Toronto und in das Blockhaus in den Bergen, dorthin also, wo er 1951 starb. Ein Mann, der, wohin er auch kam, Freude verbreitete, floh mit seinem Spielzeug um den halben Erdball vor einem anderen Mann, der Schrecken und Grauen verbreitete, wohin er auch kam. Das, find’ ich, wäre eine passende Geschichte für die deutschen Lesebücher! Es ist eine deutsche Geschichte aus der Deutschen Geschichte!“

1890 in Prag geboren und in der dortigen Altstadt aufgewachsen, war Walter Trier als ganz junger Mann nach München gegangen, um an der dortigen Akademie zu studieren. Unmittelbar nach dem Studium war er dann gleich von zwei Verlegern aus Berlin umgarnt und mit lukrativen Verträgen in die deutsche

Hauptstadt abgeworben worden. Das war 1910. Seine erste Wohnung bezog er in der Charlottenburger Gervinusstraße 17. 1913 – nach der Heirat mit Helene Matthews – bezog Walter Trier mit ihr eine Wohnung in der Elsastraße 2 in Friedenau, nicht weit vom heutigen S- und U-Bahnknotenpunkt Bundesplatz. Als 1914 das Töchterlein Gretel auf die Welt kam, zog die kleine Familie in ein wunderschönes, großes Mehrfamilienhaus in „Südende, Denkstraße 5“.

Ab 1925 wohnten sie dann also in „Lichterfelde, Herwarthstr. 10“. In einem von Otto Rudolf Salvisberg erbauten Haus. Dieser Schweizer Architekt war formal einem sachlichen Baustil verpflichtet. Seine Auftraggeber für Einfamilienhäuser gehörten „durchwegs dem liberalen bis konservativen Bürgertum an“, es sind einige Ärzte darunter. Diese Klientel verabscheute allen repräsentativen und historistischen Schnickschnack und bevorzugte eine reduzierte, unpretentiöse Klarheit. Offizieller Baubeginn auf dem Grundstück „Herwarth-/Ecke Berliner Straße“ war der 7. September 1922. Nur ein Jahr zuvor hatte sich der Architekt in Berlin-Südende, auf einer leichten Anhöhe zwischen Steglitz und Tempelhof, sein eigenes Haus gebaut.

Nach dem Kauf des Landhaus Oboussier nahm Walter Trier ein paar Umbauten vor. Die Bauakte belegt „nur einige kleine Veränderungen im Obergeschoß“. Es wurden Wände herausgebrochen und aus drei kleinen Räumen wurde ein einziger großer Raum – wohl das Atelier.

Mit diesem Haus hatte Walter Trier genau solch ein Haus erworben, über dessen sachlichen Baustil er sich zur gleichen Zeit in mehreren Karikaturen köstlich amüsierte. Im August 1930 etwa zeigte er den „einzigen gemütlichen Raum im Haus“: zu sehen war darauf die total chaotische Dachkammer eines Hauses im reinen Bauhaus-Stil. Bei Triers war das Haus angefüllt mit Büchern, Bildern, Sportutensilien und Spielzeug. „Sein liebster, schönster Besitz war eine Sammlung alten deutschen Spielzeugs. Wenn er die einzelnen Stücke aus den Vitrinen herausholte und zeigte, wurden sie kostbar wie Edelsteine.“

Der Garten war das Steckenpferd von Lene Trier. Mit großer Leidenschaft kultivierte sie einen großen Blumengarten, mitsamt Goldfischteich. Ein schöner Baumbestand wechselte mit Zierrasenflächen und sauber geharkten Wegen, gestutzte Blumenrabatten mit farbenprächtigen Blumenstauden und einem hochmodernen Steingarten samt Natursteinwegen. Im Goldfischteich wuchsen Seerosen.

Nach seinem Besuch schrieb ein Journalist 1929: „Draußen in Lichterfelde wohnt er. Sein Haus wächst in märchenhaft heller Farbtönung mit tiefblauen Holzjalousien mitten aus einem kleinen Garten. Dort habe ich nun wie ein kleiner, schüchterner Junge gesessen, [...] weil die große Liebe selbst den Großmäuligsten still macht. [...] Walter Trier hat im dunkelblauen Skianzug dagesessen, und irgendwo hat sich seine schwarze Katze, und das ‚schwarze Schwein‘, der herrliche Scotch-Terrier Maggie hingelegt. [...] Ein Ping-Pong-Tisch steht im Parterre, die Skier warten auf dem Korridor – und er kann es gar nicht mit ansehen, wenn auf der Straße jemand Fußball spielt und mit der Spitze anstatt mit der Seite ‚kickt‘. [...] In Lichterfelde also sitzt er und macht uns nichts als Freude. [...] ‚Die Leute denken immer, ich hätte einen langen Bart, weil ich soviel Verschiedenes zeichne.‘ Und wenn man an die vielen Titelblätter, an die Einzelbilder, an die Bühnendekorationen [...] an die Kinderbilderbücher, an die illustrierten Bücher, an große Mappen und immer wieder und nie genug an die Kinderbücher denkt – dann will man ja wirklich kaum glauben, daß das alles ein 39-jähriger schuf, der im Grunde ein Kind geblieben ist – verspielt, verträumt, unwirklich – die blaue Blume unserer realen Zeit.“

Und ein anderer Freund berichtete: „Walter Trier lebte abseits vom lauten Spree-Athen in einer von ihm lustig erdachten Welt mit Modepuppen aus allen Jahrhunderten und bunten Bleisoldaten aller nur erdenklichen Gattungen. Es gab Hunderte aus dem Ullsteinhaus, die ihn persönlich nie gesehen hatten, obwohl er zwei Jahrzehnte lang einer der erfolgreichsten Meister war. Die Aufträge lagen zu Bergen und er malte von sieben Uhr morgens bis elf Uhr nachts.“

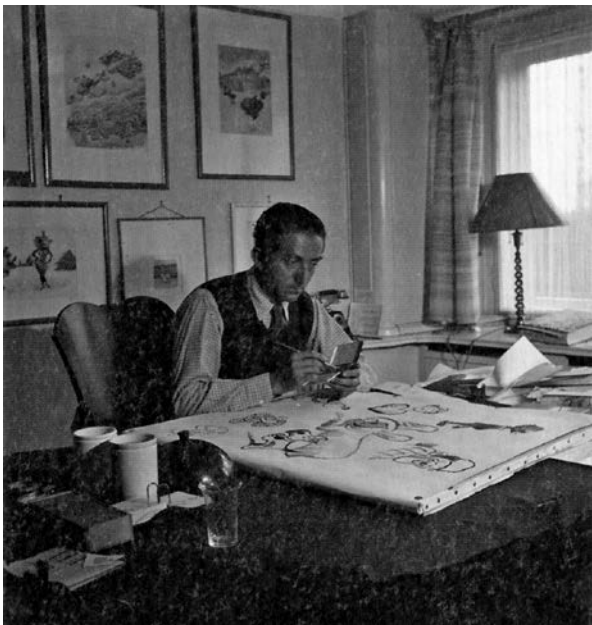
Durch diese unermüdliche Arbeit hatte sich Walter Trier nicht nur Popularität beim Publikum erlangt, sondern auch das wirtschaftliche Polster, um ein Eigenheim zu erwerben.

1929, also in dem Jahr, in dem Walter Trier und Erich Kästner mit ihrer gemeinsamen Arbeit begannen, hatte die Familie gerade Halbzeit in dem Haus. Kästner war wiederholt Gast im Hause Trier. Hier entstanden die Illustrationen zum „Emil“, zu „Pünktchen und Anton“, dem „35. Mai“ und dem „Fliegenden Klassenzimmer“. Und so sehr ich den beiden ihre gute, hochprofessionelle Zusammenarbeit bei Kaffee und Kuchen gönne, so sehr stört mich, dass es deswegen leider keine Dokumente ihrer Zusammenarbeit gibt. Diese frustrierte Bemerkung sei gestattet, soll aber auch die einzige Kritik an dieser Stelle bleiben.

Die Begleitumstände des von nun gemeinsam erfolgreich Arbeitsduos waren nicht die besten. Ab Januar 1933 begann Walter Trier nach geeigneten Fluchtorten Ausschau zu halten. Die Familie mied die Hauptstadt und die Nachbarschaft aus gutem Grund. Man war wiederholt und länger auf Reisen: In der tschechischen Heimat, auf Ibiza und am Bodensee. Schließlich wurde England als Ziel ausgewählt und die Emigration vorbereitet. Umzugskisten wurden gepackt und verschickt. Ende 1936 standen die Koffer schließlich in einer Pension in der Keithstraße 3, Berlin-Tiergarten. Ein Zeitzeuge nannte diese Adresse „eine der letzten Judenpensionen“.

Nachdem also die Familie so gut wie in Sicherheit war, konnte Walter Trier auf einem Künstlerabend endlich nicht mehr an sich halten. Als die Kollegen ein neues Hitlerbild feierten, da pfiff er verächtlich und schob hinterher, dass er sich an die Visage dieses Ganoven nie gewöhnen werde und ging. Am nächsten Tag stand die Gestapo hier in der Herwarthstraße und wollte die Familie abholen. Doch die war ja zum Glück schon ausgeflogen.

Was gibt uns das Gedenken an Walter Trier heute? Was war er für ein Mensch? Und wozu sollten wir uns



Walter Trier in seinem Atelier, 1928

an ihn erinnern? Auch da hilft Erich Kästner weiter: „Als ich ihn kennenlernte, war er längst berühmt. Es war ein seltsamer Ruhm. Er beruhte auf scheinbaren Kleinigkeiten. Auf sogenannten Witzzeichnungen, auf Buchillustrationen, auf Titelbildern bekannter Zeitschriften. Wer im damaligen Berlin, mit Ziffern im Kopf, stupide vom Lärm der Stadt, durch die Straßen hetzte und am ersten besten Kiosk einen solchen ‚Trier‘ sah, blieb stehen, holte Luft und lächelte. So hat Walter Trier sein Leben lang das Lächeln unter die Menschen gestreut. Wie früher einmal, bei Krönungszügen, die Fürsten ihre Dukaten.“ (1951)

Insofern freut es mich, dass heute ein Mensch und Künstler mit einer Berliner Gedenktafel geehrt wird, der sich sein Leben lang gegen das Schlechte gewehrt und die lustigen Momente festgehalten hat. Mit ihm wird der Hoffnung Platz eingeräumt.

Darin liegt übrigens auch ein wesentlicher Grund für meine jahrelange Beschäftigung – ganz abgesehen davon, dass das Werk dieses Ausnahmekünstlers es unbedingt wert ist, der Nachwelt überliefert zu werden. Außerdem gilt es, einer weit verbreiteten Humorlosigkeit sowie der Unmenschlichkeit und Grausamkeit

faschistischer Gruppierungen etwas entgegen zu setzen. Heute wie damals. Die Vertreibung des Humors darf nicht gelingen. Niemals!

Über lange Zeit war die Erinnerung an Walter Trier ein recht einsames Geschäft. Doch mit diesen Zielen und aufgrund der wunderbaren Arbeiten keine wirkliche Mühsal. Und an einzelnen Höhepunkten – ich erinnere etwa an die Ausstellung in Berlin 1999, die Retrospektive in Hannover 2006 oder eben nun die Enthüllung dieser Gedenktafel – kamen und kommen stets viele seiner Verehrer zusammen, mehr, als man ahnt, und doch war ich nie überrascht. Denn leidenschaftliche Bewunderer seiner Kunst hat es immer gegeben, und wird es immer geben. Das macht mich sehr glücklich. Mit dieser Gedenktafel ist ein weiterer Meilenstein gesetzt, Walter Trier dem Vergessen wieder ein Stück mehr entrissen. Das macht mich sehr zufrieden. Ich danke Ihnen allen.

Antje Maria Warthorst

Dr. Antje Maria Warthorst studierte Kunstgeschichte und Archäologie und leitet seit 2007 das Walter Trier-Archiv in Konstanz.

LIEFERBARE PUBLIKATIONEN DES AKTIVEN MUSEUMS

Ausgeblendet. Der Umgang mit NS-Täterorten in Ost- und West-Berlin

Berlin 2020

5,00 Euro

Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945

Berlin 2019

5,00 Euro

Berliner Bibliotheken im Nationalsozialismus

Berlin 2018

5,00 Euro

Stolpersteine in Berlin #2. 12 Kiezspaziergänge

4. Auflage, Berlin 2018

12,00 Euro

Stolpersteine in Berlin. Pädagogisches Begleitmaterial

Berlin 2015

8,00 Euro

Letzte Zuflucht Mexiko. Gilberto Bosques und das deutschsprachige Exil nach 1939

Berlin 2012

10,00 Euro

Ohne zu zögern... Varian Fry: Berlin – Marseille – New York

2., verbesserte Auflage, Berlin 2008

15,00 Euro

Haymatloz. Exil in der Türkei 1933–1945

Berlin 2000

10,00 Euro, incl. CD-ROM

IMPRESSUM

Aktives Museum

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin
+49(0)30-263 9890 39
info@aktives-museum.de
www.aktives-museum.de

Vorstand

Dr. Christoph Kreuzmüller Vorsitzender

Dr. Karoline Georg stellvertr. Vorsitzende

Marion Goers stellvertr. Vorsitzende

Robert Bauer

Astrid Homann

Dr. Akim Jah

Dr. Gerd Kühling

Angelika Meyer

Dr. Ruth Preusse

Lotte Thaa

Geschäftsführer

Kaspar Nürnberg

Redaktion

Kaspar Nürnberg

Konzept und Gestaltung

Lehmann & Werder Museumsmedien

in Kooperation mit Elke Lauströer, Grafik Design

Druck

Katalogdruck Berlin

www.katalogdruck-berlin.de

Neue Mitglieder sind willkommen!

Jahresbeitrag 55,00 Euro, ermäßigt 27,50 Euro

Spendenkonto: Berliner Sparkasse

IBAN: DE87 1005 0000 0610 0122 82

BIC: BELADEBEXX

Bildrechtenachweis

- Titel Landesarchiv Berlin, F Rep 290 (4), Nr. 0067986,
Foto: Gert Schütz
- S. 2 Berlin gegen Nazis / Verein für Demokratische Kultur
in Berlin e.V., Foto: Theresa Kühnert
- S. 4 Landesarchiv Berlin, F Rep 290 (4), Nr. 0067986,
Foto: Gert Schütz
- S. 5 Museen Tempelhof-Schöneberg, Signatur: K-Ss 855
- S. 6 Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-
Stiftung, Bonn, 6/FOTB003392
- S. 7 picture alliance / dpa, 2258210, Foto: Konrad Giehr
- S. 9 Museum Friedrichshain-Kreuzberg, Signatur: B01_0033_18,
Foto: Jürgen Henschel
- S. 10 Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Sammlung Plötzensee
- S. 11 Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Sammlung BVN
- S. 12 Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-
Stiftung, 6-FOTB003411
- S. 16 Privatbesitz Cristina Siemsen, Buenos Aires
- S. 17 Privatbesitz Miklas Weber, Berlin
- S. 19 National Archives, Den Haag, Rijksvreemdelingendienst
(2.09.45), inv. nr. 885 / Foto: Tanja von Fransecky, Berlin
- S. 20 Foto: Tanja von Fransecky, Berlin
- S. 21 Landesarchiv Berlin, F Rep. 290, Nr. 0217864,
Foto: Ludwig Ehlers
- S. 22 Foto: Tanja von Fransecky, Berlin
- S. 23 Landesarchiv Berlin, F Rep. 290, Nr. 0172369 /
Foto: Horst Siegmann
- S. 25 Privatbesitz Holger Hübner, Berlin
- S. 26 Landesarchiv Berlin, F Rep. 290, Nr. 0172374 /
Foto: Horst Siegmann
- S. 27 Foto: OTFW, Berlin
- S. 30 Walter Trier-Archiv, Konstanz

AKTIVESMUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin

www.aktives-museum.de

Tel 030 · 263 9890 39

Fax 030 · 263 9890 60

info@aktives-museum.de